



Beschlüsse

zur Landeskonzferenz der Jusos Bayern
vom 13. Oktober 2012
im Gewerkschaftshaus München

Leitantrag: Dein Leben	3
Richtlinienänderungen	19
Resolution zum Rentenkonzept des Parteivorsitzenden	20
Frauen und Gleichstellung	23
Errungenschaftsgemeinschaft als gesetzlichen Güterstand einführen.....	23
Innen - und Rechtspolitik	26
Abschaffung und künftige Ablehnung jeglicher Art der Vorratsdatenspeicherung.....	26
Grundrecht auf menschenwürdiges Leben für alle!	27
Für eine bessere Asylpolitik.....	27
Bildung	29
Forderungskatalog der Juso Hochschulgruppen Bayern für die Landtagswahl 2013	29
Finanzierung der Studierendenwerke	35
Semesterticket und ÖPNV.....	35
Kopiergeld abschaffen!	38
Mobilität für junge Menschen in Ausbildung ermöglichen!	40
Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz	43
Bessere Kennung von „Scripted Reality“	43
Vorbeugung eines Fachkräftemangels medizinischer Berufe.....	45
Export von Fleisch und Fleischnebenprodukten regulieren!	48
Power-Off für Stand-by Geräte - Öko-Design Anforderungen verschärfen!	50
Einfuhrverbot für unverarbeitetes Tropenholz	51
Verband, Partei, Ehrenamt	52
Rassisten in der SPD? Nein Danke!.....	52
Reduzierung des innerparteilichen Papierverbrauchs und Modifizierung des Antragsverfahrens	53
Sozialdemokratische Gestaltungsperspektiven vor der Wahl offen halten	54
Kommunales	55
Zukunft des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz GVFG.....	55
Einnahmehasis der Kommunen verbreitern/“Katalogberufe“ zur Gewerbesteuer heranziehen. 57	
Initiativanträge	59
Angebote statt Verbote!	59
Kein Einsatz militärischer Drohnen.....	60

Leitantrag

Antragssteller: Juso-Landesvorstand

Angenommen

Dein Leben.

1 "Du kannst mitgestalten und für dich selbst entscheiden - es ist dein Leben!"
2 Dieser Satz sollte uneingeschränkt für alle Menschen in unserer Gesellschaft gel-
3 ten. Gerade junge Menschen haben derzeit jedoch mit Herausforderungen zu
4 kämpfen, die ihnen ein selbstbestimmtes Leben oftmals unmöglich machen. Die
5 Politik hat in den letzten Jahren oftmals versagt und die falschen Rahmenbedin-
6 gungen für junge Menschen geliefert. Ein Resultat dieser Entscheidungen ist die
7 in ganz Europa grassierende Jugendarbeitslosigkeit, die ungeahnte Auswüchse
8 annimmt. Die Versäumnisse müssen in den kommenden Jahren dringend nach-
9 geholt und Fehlentwicklungen korrigiert werden, sowohl auf dem Arbeitsmarkt
10 und in der Bildungspolitik als auch hinsichtlich der Partizipationsmöglichkeiten
11 von jungen Menschen.

12

13 **1. Progressive Arbeits- und Wirtschaftspolitik für Bayern**

14

15 Im Juni 2012 wurde bei der Vorstellung der Arbeitsmarktzahlen auf eine beson-
16 ders hervorstechende Zahl verwiesen: In diesem Monat waren in Deutschland
17 350.000 Menschen zwischen 15 und 24 Jahren in der Arbeitslosenstatistik aufge-
18 zählt. Nach einem erneuten Rückgang beträgt die Arbeitslosenquote in die-
19 ser Altersgruppe somit „nur noch“ 7,9 %. Diesen Wert erreicht sonst kein anderes
20 EU-Land in Zeiten der Eurokrise: In allen anderen EU-Staaten sind die Jugendar-
21 beitslosenquoten deutlich höher.

22 Auf den ersten Blick müsste das ein Grund zur Freude sein. Doch bei genauerer
23 Betrachtung ist die Situation nicht so positiv, wie sie dargestellt wird. Die vorge-
24 stellten Zahlen sind zum Vergleich mit anderen Staaten nicht brauchbar und
25 lassen den Trugschluss zu, der Jugendarbeitsmarkt in Deutschland solle für eine
26 ausgezeichnete situierte junge Generation, der Zukunftssorgen sind. Stattdessen
27 ist das Gegenteil der Fall. Im Rahmen der Arbeitsmarktreflexionen, die angeblich
28 dafür verantwortlich sind, dass hier bessere Zahlen zu verzeichnen sind, wurde
29 die Beschäftigungsstruktur in unserem Land massiv umgebaut. Die Probleme,
30 die dieser „neue“ Arbeitsmarkt mit sich bringt, machen dabei vor niemandem
31 halt: Sie ziehen sich durch alle sozialen, sowie gesellschaftlichen Schichten, wie
32 auch quer durch alle Altersgruppen.

33

34 Wo unsere Sozialsysteme früher noch darauf abgestimmt waren, dass Arbeit-
35 nehmerInnen über Jahrzehnte in gutbezahlten Normalarbeitsverhältnissen ar-

1 beiten, wird diese Vorstellung der tatsächlichen Situation am Arbeitsmarkt und
2 den wirklich ausgeübten Jobs im Laufe eines Lebens nicht mehr gerecht. Mit der
3 Einführung und Förderung von atypischer und prekärer Beschäftigung wurde
4 durch die Politik der letzten 15 Jahre, neben der Schwächung bisher greifender
5 sozialstaatlicher Prinzipien, ein Beschäftigungssektor geschaffen, der einen neu-
6 en „Typ“ der Arbeitenden erschuf. Die „neuen“ Arbeitenden sind nach dem Ideal
7 der gegenwärtigen Arbeitsmarktpolitik höchst belastbar, räumlich absolut flexi-
8 bel, und brauchen keinerlei längerfristige Planung. In der Hoffnung, von einer
9 befristeten auf eine unbefristete Stelle wechseln zu können, nur um der Arbeits-
10 losigkeit zu entgehen hangeln sich viele ArbeitnehmerInnen von einem befriste-
11 ten Vertrag zum nächsten, verzichten dabei auf Lohn und Rechte und beuten
12 sich selbst aus.. Diesen Verwerfungen, welche die Umstrukturierung heute
13 schon geschaffen hat, gilt es entschieden entgegenzutreten. und die weitere
14 Aushöhlung von ArbeitnehmerInnenrechten ganzer Generationen zu unterbin-
15 den, denn sie führen bereits zu weitreichenden Konsequenzen was etwa den
16 Gesundheitszustand vieler ArbeitnehmerInnen anbelangt oder die Familienpla-
17 nung. Letzteres wird immer weiter in eine ferne Zukunft verschoben, da viele die
18 Familiengründung von einem festen Arbeitsplatz und sicherem Einkommen ab-
19 hängig machen – also von einem Zustand, den viele auch nach jahrelanger zu-
20 verlässiger und guter Arbeit nicht erreichen. Außerdem kann Zeit und Belas-
21 tungskapazitäten für ehrenamtliches Engagement neben dem Beruf immer we-
22 niger geleistet werden, was Vereine und Verbände immer stärker beklagen. Ar-
23beitsmarktpolitik hängt also eng mit weiteren wichtigen Stellschrauben unserer
24 Gesellschaft zusammen und kann und darf nie isoliert betrachtet werden

25

26 In sozial schlechter gestellten Milieus unserer Gesellschaft halten sich inzwi-
27 schen gerade viele Jugendliche mit immer neuen Mini- und Midijobs über Was-
28 ser, denn Arbeitsstellen im Normalarbeitsverhältnis zu finden wird immer
29 schwieriger. Der einstige Standard in der Arbeit ist heute zur großen Ausnahme
30 geworden.

31

32 Die hat Auswirkungen auch auf das Sozialsystem, das insbesondere bei der Ren-
33 te an lange, konstante Beschäftigungsverhältnisse anknüpft. Viele der prekär
34 Beschäftigten haben so nur eine mangelhafte soziale Absicherung. Daher wollen
35 wir die Absicherung im Sozialsystem ausbauen, unter anderem durch die Einfüh-
36 rung einer Erwerbstätigen- (Rente, Arbeitslosigkeit) bzw. BürgerInnenversiche-
37 rung (Gesundheit, Pflege), einen besseren Armutsschutz in der Rente (Aufsto-
38 ckung niedriger und fehlender Beitragszeiten) und die Verkürzung von Fristen
39 zum Erwerb von Leistungsansprüchen.

40

41 Obgleich ein großer Teil der Industrieunternehmen von Fachkräftemangel
42 spricht, gibt es bei den Zuständigen keine Akzeptanz für Ausbildungsumlage-

1 modelle und andere Fördermaßnahmen, die dringend nötig wären. Diese gilt es
2 voranzutreiben und langfristig zu Garantien für Ausbildung und spätere Arbeit
3 weiterzuentwickeln. Wir wollen eine Ausbildungsgarantie für alle. Und wir for-
4 dern die Ausbildungsumlage!

5
6 Neben diesen Hürden vor dem beruflichen Ausbildungsprozess werden in ande-
7 ren Betrieben Jugendliche in Ausbildung immer noch als billige Arbeitskräfte
8 missbraucht, die wenig lernen, sondern vor allem „anpacken“ sollen. Vollzeitar-
9 arbeit zu Löhnen von mitunter unter 300 € wird ihnen dabei als kurze Durststrecke
10 verkauft, die es vor dem Durchstarten ins Berufsleben zu meistern gilt. Dabei
11 besteht für viele nicht einmal die Chance auf eine Übernahme in ein vollwertig-
12 es Arbeitsverhältnis nach Abschluss ihrer Ausbildung. Wenn junge Menschen
13 dann ihre Lehrzeit beendet haben, und damit im Vergleich zu anderen Ländern
14 und Altersgruppen außerordentlich hoch qualifiziert sind, erhalten sie in vielen
15 Fällen kein ausreichendes Angebot von Gesellschaft und Unternehmen zur Ge-
16 staltung ihrer Zukunft und einer möglichen Karriere. Gegen diese Übernahme-
17 praxis werden wir vorgehen und Auszubildenden eine gesetzlich abgesteckte
18 Garantie auf Übernahme gewährleisten. Zusätzlich fordern wir außerdem eine
19 Ausbildungsumlage, damit es unattraktiv ist, Ausbildungsplätze zu reduzieren.
20 Und der Lohn während der Ausbildungszeit muss höher werden, damit jeder
21 Auszubildende in der Lage ist, seinen Lebensunterhalt auch in der Lehrzeit selbst
22 menschenwürdig zu bestreiten.

23
24 Die einzige Möglichkeit für viele dieser Jugendliche, einmal mehr als das angebe-
25 liche Existenzminimum des HartzIV-Satzes zu erhalten, ist die Annahme von
26 größtenteils schlechtbezahlter Arbeit mit oft fragwürdiger Absicherung im Sozi-
27 alsystemen. Schlecht bezahlt sind sie dazu gezwungen auf eine Minimalrente
28 und somit auf eine Existenz in Altersarmut hinzuarbeiten. Zusätzlich sind sie
29 dem ständigen Druck einer drohenden Kündigung ausgesetzt. Dieser Druck sol-
30 che Bedingungen hinzunehmen speist sich aus dem Gefühl, dass ein Arbeitgeber
31 leicht neue, billige Arbeitskräfte aus einer Generation „rekrutieren“ kann, in der
32 die politische Umsetzung einer Chancengerechtigkeit und Zukunftssicherung
33 bisher mindestens sträflichst verschlafen, wenn nicht sogar absichtlich zurück-
34 gefahren wurde.

35
36 Doch nicht nur im Bereich der Ausbildungsberufe zeigen sich inzwischen er-
37 schreckende Folgen einer verfehlten Jugendarbeitsmarktpolitik vergangener
38 Jahre. Selbst AbsolventInnen bisher als „höchstqualifiziert“ eingestufte Studi-
39 engänge stehen den Problemen des gegenwärtigen Arbeitsmarktes gegenüber,
40 welche sich erst im Laufe der jüngeren Generationen der Studierenden so erga-
41 ben. So sind selbst Inhaber eines Master-Abschlusses, von Bachelor-
42 AbsolventInnen ganz zu schweigen, immer seltener in der Lage, eine gut bezahl-

1 te Stelle zur dauerhaften Anstellung zu finden. Auf der Suche nach einer solchen
2 Stelle sind immer mehr Menschen in einer Praktika-Falle gefangen. Während
3 eigentlich die Arbeitsplatzsuche im Vordergrund stehen sollte, schlagen sie sich,
4 in der Hoffnung ihre Chancen auf eine feste Anstellung zu erhöhen mit schlecht
5 oder überhaupt nicht bezahlten Praktika durch. Um ihren Lebensunterhalt zu
6 finanzieren, werden auch AkademikerInnen in beinahe menschenunwürdige
7 Arbeitsplatzsituationen auf dem Mini- und Midijobmarkt gedrängt. Viele dieser
8 Absolventen opfern nahezu ihre gesamte Freizeit, um sich mit zusätzlichen Jobs
9 und Weiterbildungen ein Auskommen zu sichern, nie gewiss, ob es ihnen wirk-
10 lich gelingen wird, sich am Arbeitsmarkt zu etablieren.

11
12 Eine große Gruppe von jungen ArbeitnehmerInnen, einprägsam als „Generation
13 Praktikum“ bezeichnet, hängt am für sie kaum „nahrhaften“ Tropf von Unter-
14 nehmen und Politik, der sie am Leben erhält, aber ihnen zu wenig bietet, um sich
15 eine aussichtsreiche und erfolgreiche Zukunft eigenbestimmt aufbauen zu kön-
16 nen. Alle jungen Menschen, ganz gleich ob sie eine berufliche oder akademische
17 Ausbildung absolviert haben, werden somit einer in den Risiken abschätzbaren
18 Zukunft und ihren Lebenschancen beraubt. Um hier Verbesserungen zu erzielen,
19 muss die rechtliche Situation von PraktikantInnen gestärkt werden. Deshalb for-
20 dern wir eine Befristung von Praktika auf maximal drei Monate, einen Anspruch
21 auf eine Praktikumsvergütung in der Höhe von mindestens 500 Euro, sowie ein
22 Praktikumszeugnis.

23
24 Selbst dann, wenn der Einstieg ins Berufsleben wirklich beginnen sollte, haben
25 sich in den letzten Jahren Zustände ergeben, die eine langfristige Planung be-
26 züglich persönlicher Lebensverhältnisse unmöglich machen. Während noch vor
27 einigen Jahren die unbefristeten Vollzeitstellen nach einem Studium oder Aus-
28 bildung die Regel waren, gibt es heute auch in Bayern, im europäischen Ver-
29 gleich hier glücklicherweise noch weniger stark ausgeprägt, immer mehr befris-
30 tete Arbeitsverträge. Dabei hat nicht nur die reine Quote an befristeten Stellen
31 zugenommen: Insbesondere die Befristungszeit wird immer kürzer. Diesem
32 Trend gilt es entschieden entgegenzusteuern, denn die immer neue Unterzeich-
33 nung von Jahres-, Halbjahres- oder in manchen Branchen sogar Vierteljahresver-
34 trägen kann einer Generation von jungen Fachkräften und AkademikerInnen
35 kein gesichertes und gutes Leben bei größtmöglicher Entfaltung ihrer persönli-
36 chen Wünsche gewähren.

37
38 Auch muss eine an sozialer Gerechtigkeit orientierte Arbeitsmarktpolitik den
39 Auswüchsen der Zeit- und Leiharbeit als vermeintlich aussichtsreichste Ein-
40 stiegsbranche entgegentreten. Für viele junge und gut ausgebildete Menschen
41 scheint diese Branche oftmals ein letzter Strohalm des Einstieges in den Ar-
42beitsmarkt, doch die dort erhofften ‚Klebeeffekte‘ bleiben meist aus, weshalb sie

1 anstatt Chancen zu schaffen der Ausbeutung junger Menschen in unsicheren
2 Anstellungsverhältnissen beitragen.

3

4 Die heutige Situation zeigt deutlich, dass durch die Flexibilisierung des Arbeits-
5 marktes, die ihren Anfang in der Politik der 1990er Jahre nahm, die Arbeitenden
6 wieder in unvertretbarer Weise den Kräften des Marktes ausgesetzt wurden.
7 Gerade junge Menschen befinden sich in unsicheren und ausbeuterischen Ar-
8 beitszusammenhängen, in welchen ihre Arbeitskraft verstärkt einer Ware auf
9 einem reinen Markt gleichkommt. Das während der (neoliberalen) Umstruktu-
10 rierung des Arbeitsmarktes propagierte Ziel eines Gleichgewichtes von Flexibili-
11 tät des Arbeitsmarktes und Sicherheit der Arbeitenden scheint endgültig als ide-
12 alisiertes Trugbild enttarnt. Denn anstatt der erhofften Balance, die gerne mit
13 dem Schlagwort der Flexicurity versehen wird, konzentrierten sich die Umstruk-
14 turierungsmaßnahmen primär auf die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes – auf
15 Kosten der Absicherung der ArbeitnehmerInnen. Klares Ziel muss deshalb eine
16 Re-Regulierung des Arbeitsmarktes sein, welche den Arbeitenden wieder ver-
17 stärkt Sicherheit bietet und sie vor den Härten des Marktes schützt.

18

19 All diese Faktoren, die sich negativ auf die Lebensplanung und auf die Wünsche
20 einer Generation auswirken sind eigentlich Auswirkungen, die primär in einer
21 Zeit wirtschaftlichen Abschwungs oder Rezession auftreten. Im europäischen
22 Raum zeichnet sich in vielen Staaten eine Rezessionsphase ab, die eine der ent-
23 scheidendsten der vergangenen Jahrzehnte sein könnte und sich im Zuge eines
24 verfehlten Krisenmanagements, dass immer noch die angebliche Notwendigkeit
25 von Sparprogrammen hochhält, wohl noch weiter zuspitzt. Für junge Menschen
26 anderer Nationen in unserer europäischen Nachbarschaft bedeutet eine einbre-
27 chende Konjunktur den Wegfall von Arbeitsplätzen und dem Schwinden der
28 Hoffnung auf eine finanziell gesicherte Zukunft. In vielen Staaten des Euro-
29 raums nimmt die Arbeitslosigkeit, und hier in besonderem Maße die Jugendar-
30 beitslosigkeit, rapide zu. Als Extrembeispiel ist Spanien zu nennen, das laut neu-
31 esten Zahlen mit einer Jugendarbeitslosigkeitsquote von 52,7 % kämpft. Mehr
32 als jeder zweite Jugendliche ist arbeitslos gemeldet. Neben dem traurigen Spit-
33 zenreiter Spanien sind auch andere Jung-EU-BürgerInnen von beinahe ähnlich
34 hohen Zahlen betroffen. So schlägt der Wirtschaftseinbruch derzeit auch in
35 Griechenland und Italien stark auf den Jugendarbeitsmarkt durch. Hier bahnt
36 sich für eine gesamte europäische Generation ein Zustand der Chancenlosigkeit
37 an, der das Gefühl entstehen lässt, dass hier mit der Zukunft junger Menschen
38 auf höchst fahrlässige Weise umgegangen wird. Hier gilt es, sowohl aus europä-
39 ischer Solidarität, wie auch aus Selbstschutz um ein "Überschwappen" auf wei-
40 tere Staaten zu verhindern, entschieden mit Programmen gegenzuhalten, die
41 auf eine Stabilisierung der Jugendarbeitsmarktsituation im gesamten Europa
42 hinwirken.

1

2 In Deutschland und in Bayern gestaltet sich die wirtschaftliche Lage, gerade im
3 Gegensatz zu vielen anderen EU- und Euroländern, noch vergleichsweise gut.
4 Häufig als Kennziffer für die Leistung von Volkswirtschaften herangezogene
5 Kennzahlen wie z.B. das BIP haben zuletzt erneut zugelegt, auch die deutschen
6 Arbeitslosenzahlen, wie erwähnt, so niedrig sind, wie lange nicht. Dennoch
7 kommt diese solide wirtschaftliche Produktions- und Absatzlage nicht bei der
8 arbeitenden Bevölkerung an. Fatal wirkt sich hier aus, dass in den 2000er Jahren
9 mit der „Wettbewerbsfähigkeit“ Deutschlands begründet, die Reallöhne massiv
10 abgesenkt wurden. Mit dem gleichen Argument wurden Arbeitszeiterhöhungen
11 und Abstrichen bei Urlaubstagen und Weihnachtsgeld realisiert. Dies war poli-
12 tisch gewollt und wurde z.B. durch die Hartz-IV-Reformen und die Liberalisie-
13 rung prekärer Beschäftigung gefördert. Folge der Politik ist eine schwache
14 Binnennachfrage und ein Abrutschen von Teilen der Gesellschaft in Richtung
15 Armut. Hier gilt es mit Maßnahmen gegenzusteuern, die sowohl zukünftig als
16 auch aktuell in den Arbeitsmarkt eintretenden jungen Menschen eine gute und
17 verlässliche Basis für ihr persönliches Glück verschaffen. Dies kann nur eine of-
18 fensive Wachstumspolitik leisten, die sich auf einen nationalen wie internatio-
19 nalen Wachstumspakt stützt. Im Zuge dieser Wachstumspolitik gilt es auch,
20 Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen durchzusetzen, die es einem
21 großen Teil der deutschen wie europäischen Bevölkerung wieder möglich ma-
22 chen sollen, ein angemessenes Leben führen zu können. Die Sparzwänge und -
23 bemühungen bisheriger konservativer Wirtschaftspolitik, die eigentlich nur
24 Sparpolitik und Austeritätspolitik ist, führen nur zu einer Abwärtsspirale an
25 Kaufkraftverlusten und wirtschaftlicher Ausweglosigkeit. Daher ist auch eine
26 Abschaffung der erst vor kurzem in vielen Landesverfassungen verankerten
27 Schuldenbremsen nötig, die sowohl Landes-als auch Bundesregierungen dazu
28 zwingen, mit einer unsozialen und einseitigen Sparpolitik, die kaum noch Wirt-
29 schaftspolitik zu nennen ist, die katastrophalen Zustände für viele und gerade
30 junge Menschen zu verschärfen. Hier gilt es, endlich eine Politik für Menschen
31 und nicht für Konzerne zu forcieren.

32

33 Besonders gilt es die Situation von jungen Frauen auf dem Ausbildungs- und Ar-
34beitsmarkt im Blick zu halten. Trotz steigender Arbeitsmarktbeteiligung, gelan-
35gen viele Frauen (insbesondere mit Kindern) aufgrund struktureller Barrieren
36 (fehlende Kinderbetreuung, Dominanz der Minijobs, tradierte Rollenbilder in der
37 Gesellschaft) oftmals nicht über die Rolle der Gering- bzw. Hinzuverdienerin
38 hinaus. Frauen arbeiten demnach weitaus häufiger in atypischen Beschäfti-
39gungsverhältnissen als Männer. Noch immer gibt es außerdem reale Lohnunter-
40schiede zwischen Frauen und Männern bei gleichwertigen Tätigkeiten und eine
41 generell Schlechterstellung von typisch „weiblichen“ Berufen. Zu verzeichnen ist
42 nach wie vor ein Gender Pay Gap von rund 23 %. Dabei beträgt der Gehaltsunter-

1 schied laut einer WSI-Studie schon innerhalb der ersten drei Berufsjahre 19 %.
2 Sind Frauen in männerdominierten Berufen tätig, so schmilzt der Gehaltsunter-
3 schied, bleibt aber grundsätzlich bestehen. Wir brauchen daher eine Doppelstra-
4 tegie.

5
6 Bereits in berufsvorbereitenden Angeboten an den Schulen muss jungen Frauen
7 und Männern eine reelle Möglichkeit gegeben werden, sich und ihre Fähigkeiten
8 am besten in verschiedenen, auch „untypischen“ Berufsfeldern auszuprobieren.
9 Außerdem müssen frauendominierte Berufe konsequent aufgewertet werden.
10 Das zielt auf die Entgelte, sowie auf die Qualität der Ausbildungen. Der Ausbau
11 der Kinderbetreuung ist ein weiterer Weg, wie es jungen Frauen ermöglicht
12 werden kann, in Vollzeit zu arbeiten. Im Übrigen bleibt unsere Forderung nach
13 einer generellen Arbeitszeitverkürzung bestehen. Allerdings muss gleichzeitig
14 der Niedriglohnsektor reguliert werden, damit die Arbeit Existenz sichernd ist
15 und Frauen finanziell unabhängig sind.

16

17 **Wir fordern für bessere Arbeit in Bayern**

18

- 19 • die Re-Regulierung des Arbeitsmarktes, unter anderem durch die massive
20 Beschränkung von Leiharbeit und Befristungen sowie das Unterbinden
21 von Umgehungsmöglichkeiten (wie Werkverträge)
- 22 • die Einführung eines Mindestlohns, auch für Auszubildende
- 23 • die Einführung einer Ausbildungsgarantie und Ausbildungsumlage sowie
24 einer Übernahmegarantie nach der Ausbildung
- 25 • die Abschaffung der Schuldenbremse zur Beendigung einer schädigenden
26 Sparpolitik
- 27 • die Gleichstellung von Frauen und Männern im Arbeitsleben durch aktive
28 Maßnahmen in allen Berufsfeldern und in jedem Alter.

29

2. Bildungsgerechtigkeit endlich verwirklichen

Auch im Bildungssystem steigt der Druck auf junge Menschen. Im Wissen um die schwierige Arbeitsmarktsituation wird versucht, sich möglichst optimal mit Blick auf eine spätere berufliche Karriere zu bilden. Dabei herrscht die Devise vor, man müsse in möglichst kurzer Zeit möglichst viel Wissen sowie weitere Qualifikationen (durch Praktika, zusätzlichen Spracherwerb, Auslandsaufenthalte) sammeln, wobei nur beruflich nutzbares Wissen als sinnvoll gilt. Dieser Prozess wurde durch verschiedene Bildungsreformen (vorgezogene Einschulung, G8, Bachelor-Master) noch verstärkt. Mit Nachhilfe, einer optimalen Schul- und Hochschulwahl und weiteren Faktoren wird versucht, den „Lebenslauf zu optimieren“. Schlechte Noten oder gar das Wiederholen einer Klasse gilt es um jeden Preis zu verhindern. Dabei wird sowohl durch die Eltern Druck auf die SchülerInnen und Studierenden ausgeübt als auch implizit durch die Gesellschaft; Schülerinnen und Studierende setzen sich aber auch selbst unter den Druck, jederzeit leistungsfähig sein zu müssen. Die Folge ist eine hohe psychische (und auch physische) Belastung und ein Verfehlen elementarer Ziele von Bildung.

Wir setzen einem rein auf die berufliche Karriere ausgerichteten Bildungssystem ein anderes Bildungsverständnis entgegen. Bildung dient nicht nur der Vorbereitung auf den Beruf, sondern vor allem der Persönlichkeitsbildung und der Einführung in die Gesellschaft. Hierfür sind gerade die oft als „unnützlich“ qualifizierten Fächer vor allem aus den Geistes- und Sozialwissenschaften notwendig. Gute Bildung bietet Zeit und Raum zur Reflexion, zum Ausprobieren und auch zum Scheitern und neu Beginnen. Um dies zu ermöglichen, muss ein Bildungssystem durchlässig gestaltet und auf die Bedürfnisse der einzelnen „BildungsteilnehmerInnen“ ausgerichtet sein.

Wir wollen daher das Schulsystem grundlegend neu gestalten. Die Einführung der inklusiven Gemeinschaftsschule als einzige Regelschule nimmt aus der Grundschule den Druck, um jeden Preis den Übertritt auf das Gymnasium oder „mindestens“ die Realschule schaffen zu müssen, um noch zum „Erfolg“ im Bildungssystem zu kommen. Damit wird in der Grundschule eine kindgerechte Entwicklung ermöglicht. Hinzutreten müssen neue pädagogische Ansätze (die entwickelt sind und die viele LehrerInnen auch beherrschen, im jetzigen System aber nicht anwenden können), die auf mehr individuelle Förderung und die Unterstützung selbstbestimmter Lernprozesse der SchülerInnen abzielen, aber auch soziale und erzieherische Probleme angehen. Dazu ist zwingend eine Ganztagschule notwendig, um die notwendige Zeit für das „neue Lernen“ zu schaffen und den bisher auf den Vormittag komprimierten Unterricht zu entzerren. Um die Herausforderungen einer inklusiven Gemeinschaftsschule gerecht zu werden, müssen in den Klassenräumen neben mehr LehrerInnen auch Pädago-

1 gInnen, SozialarbeiterInnen, PsychologInnen als „Lehrerteam“ eingesetzt wer-
2 den. Die Gemeinschaftsschule sorgt damit auch dafür, dass alle SchülerInnen die
3 Schule erfolgreich absolvieren und anschließend entweder das Abitur erreichen
4 oder in eine berufliche Ausbildung eintreten können. Außerdem fordern wir eine
5 umfassende Demokratisierung des Schulsystems mit einer erheblich erweiter-
6 ten Mitbestimmung der SchülerInnen.

7
8 Im Zusammenhang mit der Wirtschaft und der bestmöglichen Verwertbarkeit
9 junger Menschen ist auch das Bachelor-Master-System kritisch zu betrachten.
10 Im Zuge eines allgemeinen Jugendwahns wurde nicht nur, wie in Bayern, die
11 Schulzeit vorschnell verkürzt, sondern auch die Studienzeit in eine viel zu feste
12 Struktur gepresst. Genau genommen wurde das Ziel erreicht, dem Arbeitsmarkt
13 möglichst junge Absolventinnen und Absolventen zu bieten. Die Wirtschafts-
14 welt hat jedoch erkannt, dass die Persönlichkeitsbildung bei einem solchen Stu-
15 dium auf der Strecke bleibt. Wir fordern, dass auf die neuen Erkenntnisse schnell
16 reagiert wird und der Leistungs- und Zeitdruck aus dem Studium genommen
17 wird. Dazu gehört nicht nur die Auflösung starrer Zeitvorgaben, sondern unter
18 anderem auch die Reduzierung der Prüfungslast und eine größere Wahlfreiheit.
19 Nur wer selbstbestimmt studieren kann, kann sich zu einer eigenständigen Per-
20 sönlichkeit entwickeln. In diesem Zusammenhang ist auch der Ausbau von Mas-
21 terplätzen zu sehen. Wir fordern, dass alle Studierenden die Möglichkeit auf ei-
22 nen Masterzugang erhalten, sodass niemand mit mangelnder beruflicher Quali-
23 fizierung zurückgelassen wird.

24
25 Der Leistungsdruck, den das verschulte Bachelor-Master-System mit sich ge-
26 bracht hat, wirkt sich außerdem negativ auf die Partizipationsbereitschaft am
27 hochschulpolitischen Leben aus. Oftmals wird die fehlende Zeit als Grund dafür
28 genannt, sich nicht in der Studierendenvertretung zu engagieren. Dazu kommt,
29 dass in Bayern der Handlungsspielraum so gering wie in keinem anderen Bun-
30 desland ist. Schließlich sind die Studierenden im Freistaat die letzten, für die die
31 Verfasste Studierendenschaft noch nicht wieder eingeführt worden ist. Im Rest
32 der Bundesrepublik hat man den Fehler der Zerschlagung der studentischen
33 Selbstverwaltung korrigiert. Wir fordern, dass auch in Bayern die Verfasste Stu-
34 dierendenschaft wieder eingeführt wird, damit auch die Studierenden hier wie-
35 der ein echtes Mitspracherecht haben. Ohne eine gute finanzielle Grundlage ist
36 weder eine Vernetzung auf Landes- und Bundesebene, noch eine gute Arbeit vor
37 Ort möglich. Für eine effektive und unabhängige Wahrnehmung studentischer
38 Interessen ist eine Studierendenvertretung in der Rechtsform einer Teilkörper-
39 schaft des öffentlichen Rechts mit Satzungs- und Finanzhoheit und allgemein-
40 politischem Mandat erforderlich.

41

1 Viele Studierende müssen in ihrer ohnehin knapp bemessenen Freizeit arbeiten,
2 um sich ein Studium finanzieren zu können. Selbst wer BAföG empfängt, muss
3 oft noch hinzuverdienen, da die Zahlungen vielerorts gerade einmal für die Mie-
4 te reichen. Wir fordern daher eine schon lange fällige Erhöhung der BAföG-Sätze.
5 Dazu kommt, dass viele Studierende nicht BAföG-berechtigt sind, obwohl sie
6 keine Unterstützung der Eltern bekommen. Diese Studierenden müssen dann
7 einen Kredit aufnehmen und sich hoch verschulden noch bevor sie überhaupt
8 wissen, ob sie nach ihrem Studium eine Stelle bekommen. Da niemand auf der
9 Strecke bleiben darf, fordern wir ein eltern- und altersunabhängiges BAföG als
10 Vollzuschuss. Zu den finanziellen Bildungshürden gehören außerdem die Studi-
11 engebühren, deren Abschaffung schon lange fällig ist, da immerhin schon 14
12 Bundesländer keine allgemeinen Studiengebühren (mehr) erheben.

13

14 Momentan steckt die LehrerInnenausbildung mitten in einer Umbauphase. Ob-
15 wohl das Staatsexamen Voraussetzung für die Ausübung des Lehrberufs in Bay-
16 ern bleiben soll, werden nach und nach alle Lehramtsstudiengänge an das Ba-
17 chelor-Master-System angepasst. Der Vorteil ist, dass die Studierenden beinahe
18 nebenbei diese beiden Abschlüsse erhalten können. Einer der vielen Nachteile ist
19 jedoch, dass neben den zahlreichen bereits in die Endnote einfließenden Prü-
20 fungen ab dem ersten Semester die große Prüfung am Schluss ansteht. Hier sind
21 in vielen Fächern lediglich die mündlichen Prüfungen weggefallen. Die Studie-
22 renden sind also einer Doppelbelastung ausgesetzt, der sich viele nicht gewach-
23 sen sehen. Obwohl zu Beginn der Umstellung noch davon die Rede war, dass
24 nun sicher alle in der Regelstudienzeit fertig werden, verlängern viele ihr Studi-
25 um um ein, zwei oder mehr Semester, da sie sich nicht der Herausforderung ge-
26 wachsen sehen, eine Woche nach der letzten Semesterprüfung bereits die erste
27 Examensklausur zu schreiben. Dieser Dauerbelastung muss ein Ende gesetzt
28 werden. Zu diesem dauerhaften Druck kommt hinzu, dass für viele nach dem
29 Referendariat die Arbeitslosigkeit droht. Je nach Schulart und Fächerkombinati-
30 on können hiervon weit über ein Drittel betroffen sein. Während die Schulklas-
31 sen noch immer viel zu groß sind, bleiben junge Lehrkräfte auf der Straße. Es
32 kann nicht sein, dass junge Menschen im Referendariat zwei Jahre lang ausge-
33 beutet werden, um schließlich ohne eine verlässliche Zukunftsperspektive ste-
34 hen gelassen zu werden. Die Behauptungen des bayerischen Kultusministers
35 Spaenle, wonach im Schuljahr 2012/2013 durch 1000 neue Lehrkräfte ein rekord-
36 verdächtiges Betreuungsverhältnis an bayerischen Schulen besteht, sind
37 schlichtweg gelogen und haben mit der Realität nichts zu tun. Nachdem das Bil-
38 dungssystem in Bayern seit Jahrzehnten kaputtgespart wird, werden nun Statis-
39 tiken gefälscht, um die Fehler zu vertuschen. Wir fordern eine Lehrkräfteoffensi-
40 ve für Bayern, um den LehrerInnenmangel und Unterrichtsausfall an bayeri-
41 schen Schulen endlich wirksam zu bekämpfen.

42

1 Auch in der Art und Weise wie LehrerInnen ausgebildet werden gibt es massiven
2 Handlungsbedarf, da die Besten im Auswendiglernen sicher nicht zwangsläufig
3 die besten Lehrkräfte sind. Neben Fachwissen, Didaktik, Pädagogik und Psycho-
4 logie müssen im Studium auch andere Inhalte wie Inklusion oder Mehrsprachig-
5 keit thematisiert werden, damit zumindest die Lehrkräfte von Morgen für die
6 neuen Herausforderungen gewappnet sind. Auch die Ausgestaltung des Refe-
7 rendariats muss grundlegend überdacht und verändert werden. Eine bessere
8 Verknüpfung von Theorie und Praxis durch ein Praxissemester macht das Refe-
9 rendariat überflüssig, sodass es abgeschafft werden kann. Nicht zuletzt der Bil-
10 dungsföderalismus steht einem Wechsel in andere Bundesländer im Weg. Nicht
11 nur für die LehrerInnenbildung, sondern für das gesamte Bildungssystem wäre
12 es von Vorteil, wenn nicht jedes Bundesland "sein eigenes Süppchen kochen"
13 würde. Ein Angleichen der Systeme ist notwendig und die Einführung einer Ge-
14 meinschaftsschule als einzige Regelschule richtig und wichtig.

15

16 Auch auf dem Ausbildungsmarkt befinden sich Hürden für junge Menschen. So
17 wie viele nach dem Studium keinen Fuß im Berufsleben fassen können oder gar
18 nicht erst zum Studium zugelassen werden, finden viele nach ihrem Schulab-
19 schluss keinen passenden Ausbildungsplatz. Wegen der geringen Bezahlung als
20 Azubi sind viele Jugendliche darauf angewiesen, weiterhin bei den Eltern zu
21 wohnen und werden somit auch oft zur Aufnahme einer Ausbildung gezwun-
22 gen, die weniger den Interessen und Fähigkeiten der Jugendlichen entsprechen,
23 als dass sie vielmehr wohnortsnah durchführbar sind. Das Recht auf echte Wahl-
24 freiheit des Ausbildungsplatzes wurde höchstrichterlich zwar mehrfach festge-
25 stellt, bislang jedoch immer noch nicht verwirklicht. Es kann außerdem nicht
26 sein, dass Azubis nicht von ihrem Ausbildungsgehalt leben können und teilweise
27 Löhne erhalten, die deutlich unter dem Existenzminimum liegen. Von der Ein-
28 führung eines gesetzlichen Mindestlohns würden somit auch viele Auszubilden-
29 de profitieren.

30 Die duale Form der Berufsausbildung, die eine Kombination aus praktischer Leh-
31 re im Betrieb und theoretischer Ergänzung durch Unterricht an der Berufsschule
32 vorsieht, ist seit Jahren erfolgreich und bis heute sinnvoll. Im Gegensatz zu den
33 allgemeinbildenden Schulen und zum Studium findet sich die Berufsschule, ihre
34 Qualität und die an sie gestellten Anforderungen jedoch kaum in der öffentli-
35 chen Debatte. Dies liegt aber nicht daran, dass es in diesem Ausbildungsbereich
36 keinen Verbesserungs- oder Handlungsbedarf gibt. Auch an Berufsschulen sind
37 Unterrichtsausfall, LehrerInnenmangel und Unterfinanzierung alltägliche Prob-
38 leme. Mit der fortschreitenden Technisierung zahlreicher Berufe wachsen auch
39 die Anforderungen an die Lehrerschaft, diese zu vermitteln.

40 Auch auf die Situation Jugendlicher in sog. Übergangsmaßnahmen muss stärker
41 eingegangen werden. In diesen schulischen und außerschulischen Bildungsgän-
42 gen und Maßnahmen finden sich junge Menschen wieder, die keinen Ausbil-

1 dungsplatz erhalten haben, aber noch schulpflichtig sind. Die Qualität dieser
2 Maßnahmen wurde bisweilen flächendeckend nicht überprüft, was hinsichtlich
3 der Relevanz, die sie in der Biographie der Jugendlichen darstellen, unbedingt
4 erfolgen muss, denn diese jungen Menschen dürfen nicht einfach auf ein Ab-
5 stellgleis geschoben werden. Während die Arbeitsagenturen deutschlandweit
6 100.000 freie Lehrstellen für das Ausbildungsjahr 2012/13 melden, führt eine
7 DGB-Expertise („Generation abgehängt – was verbirgt sich hinter den mehr als
8 2,2 Mio. jungen Menschen ohne Berufsabschluss?“; 28.8.2012) zu Tage, dass der
9 Anteil junger Menschen ohne Ausbildung seit 10 Jahren konstant bei 15 %, also
10 über 2. Mio. Betroffenen liegt! Die Ausbildungsstatistik der BA zeichnet hiervon
11 leider kein Bild, da sie etwa Personen in Übergangsmaßnahmen nicht als „un-
12 versorgte BewerberInnen“ führt. Das sind sie aber in Wirklichkeit, auch wenn sie
13 in einer Übergangsmaßnahme „geparkt“ werden, die nicht einmal zu einem an-
14 erkannten Ausbildungsabschluss führen. Diese Gruppe an jungen Menschen
15 wird auf dem Arbeitsmarkt abgehängt. An dieser Stelle sind die Betriebe in die
16 Verantwortung zu nehmen, auch schwächere SchulabgängerInnen oder
17 SchulabbrecherInnen als Azubis anzustellen und in deren Ausbildung zu inves-
18 tieren und sich nicht nur die besseren AbsolventInnen herauszupicken. Die Be-
19 triebe und die Gesellschaft können es sich nicht leisten, eine Generation von
20 jungen Menschen in ein Leben zu entsenden, das durch Perspektiv- und Arbeits-
21 losigkeit geprägt ist, nur weil sie als Verlierer des gerade in Bayern mangelhaf-
22 ten, undurchlässigen und somit wenig motivierenden Schulsystems gelten. Aus
23 diesen Gründen sind Maßnahmen zu schaffen, die Betriebe in der Ausbildung
24 schwacher Schulabgänger bzw. SchulabbrecherInnen unterstützen, etwa durch
25 finanzielle Übernahme bestimmter Bildungsmaßnahmen (je nach Bedarf etwa
26 Lese-/Schreibkompetenz verbessern, soziales Kompetenztraining, mathemati-
27 sche Kenntnisse verbessern).

28

29 **Wir fordern für bessere Bildung in Bayern:**

30

- 31 • die Überarbeitung der Bachelor- und Masterstudiengänge und das Recht
32 auf einen Masterplatz
- 33 • die Wiedereinführung einer verfassten Studierendenschaft
- 34 • die Einführung eines eltern- und altersunabhängiges BAföG als Vollzu-
35 schuss
- 36 • mehr LehrerInnen und die Durchsetzung einer praxisorientierten Lehrer-
37 Innenausbildung
- 38 • die Einführung eines einheitlichen bundesweiten Bildungssystems
- 39 • die Freiheit der Ausbildung
- 40 • die Verringerung des Leistungs- und Zeitdrucks in Schule und Studium

41

1 **3. Wessen Jugend? - Deine Jugend!**

2
3 Für uns sind junge Menschen vollwertige, gleichberechtigte Mitglieder der Ge-
4 sellschaft – unabhängig davon, ob sie volljährig oder wahlberechtigt sind. Unse-
5 re Jugendpolitik hat nicht das Ziel, junge Menschen dazu zu zwingen, sich in die
6 bestehenden gesellschaftlichen Normen einzufügen und sich den Erwartungen
7 der („erwachsenen“) Gesellschaft entsprechend zu verhalten. Sondern im Ge-
8 genteil wollen wir es jungen Menschen ermöglichen, ihr Leben selbstständig
9 nach ihren Vorstellungen zu gestalten und damit ihren Beitrag zur Entwicklung
10 der Gesellschaft zu leisten.

11
12 Jugendpolitik wird in Bayern häufig als Präventionspolitik verstanden. Jugendli-
13 che und Heranwachsende werden als Problemgruppe begriffen, denen mit re-
14 pressiven Verboten zu begegnen ist, um ihnen Grenzen aufzuzeigen und sie zu
15 funktionierenden BürgerInnen zu erziehen. Diesen verbotsorientierten und ein-
16 dimensionalen Ansatz, welcher Jugendpolitik im Wesentlichen auf Alkoholver-
17 kaufsverbote und Sperrzeitenregelungen reduziert, halten wir für verfehlt. Für
18 uns darf sich Politik in den aus unterschiedlichen Lebensentwürfen und Lebens-
19 phasen folgenden Konflikten nicht einseitig zugunsten einer Seite positionieren
20 – weder durch ein „Laissez-faire“, das entstehende Belastungen einfach igno-
21 riert, noch durch repressive Politik, die jedes „abweichende“ Verhalten unterbin-
22 den will. Politik muss die entstehenden Konflikte moderieren und es ermögli-
23 chen, dass im Dialog zwischen gleichberechtigten Partnern Lösungen gefunden
24 werden, die dann von allen einzuhalten sind. Dabei werden die Lösungen stän-
25 dig weiterentwickelt und der Lebensrealität angepasst. Entsprechend muss auch
26 Jugendpolitik fortlaufend ihrer Funktion als Moderatorin in den sich entwickeln-
27 den Konflikten nachkommen –bevor sie eskalieren.

28
29 Wir fordern daher, Jugendliche an Entscheidungsprozessen deutlich stärker zu
30 beteiligen. Die Senkung des Wahlalters auf 14 Jahre, die Etablierung von Jugend-
31 parlamenten, die Stärkung der Rechte der SchülerInnenvertretungen und die
32 Einführung einer von Jugendlichen gewählten Vertretung in den Kommunalpar-
33 lamenten können daher nur den Anfang einer verstärkten Partizipationskultur
34 in Bayern darstellen. Die verschiedenen Möglichkeiten, Jugendliche an politi-
35 schen Prozessen zu beteiligen, lassen sich nicht abschließend in einer Liste auf-
36 führen, da sie so vielfältig sind wie die Jugendlichen selbst. Entscheidend ist
37 deshalb nicht das konkrete „Wie“ der Beteiligung, sondern die schlichte Er-
38 kenntnis, dass Jugendliche feste Mitgestaltungsmöglichkeiten erhalten müssen.
39 Für uns steht fest, dass Menschen nicht erst mit Vollendung des 18. Lebensjahres
40 als vollwertige BürgerInnen zählen, sondern bereits vorher an den für sie rele-
41 vanten Entscheidungsprozessen beteiligt werden müssen. Dies gilt für die
42 kommunale Ebene ebenso wie für die Landesebene. Wir fordern daher eine ech-

1 te Mitbestimmung und nicht nur unverbindliche Mitspracherechte für Jugendli-
2 che.

3
4 Um diese Partizipation zu verwirklichen, müssen junge Menschen über politi-
5 sche Bildung verfügen, die sie dazu befähigt ihre Rechte aktiv wahrzunehmen.
6 Bislang kann von dieser Bildung in Bayern jedoch keine Rede sein. Das Fach „So-
7 zialkunde“ fällt stundentechnisch kaum ins Gewicht. In den Klassen 5 bis 9 gibt
8 es weder in der Realschule noch im Gymnasium Sozialkunde. Erst in der zehnten
9 Klasse gibt es an Realschulen zwei Wochenstunden, an Gymnasien sogar nur
10 eine Wochenstunde, wofür im Gegenzug das Fach Geschichte um eine Wochen-
11 stunde gekürzt wird. Im G8 wird Sozialkunde nur noch in Verbindung mit Ge-
12 schichte unterrichtet und existiert gar nicht mehr als eigenständiges Fach. An
13 Hauptschulen hat man das Hybridfach Geschichte/Sozialkunde/Erdkunde einge-
14 führt, mit insgesamt zwei bzw. drei Wochenstunden in den Klassen 5 bis 10, wo-
15 von aber nur ein Bruchteil der demokratischen Bildung gewidmet ist. Wir for-
16 dern daher die drastische Erhöhung der Stundenanzahl im Fach Sozialkunde,
17 wobei mit der Quantität auch die Qualität steigen, und der Inhalt verbessert
18 werden muss. Nicht mehr nur die formal-institutionellen Strukturen der Demo-
19 kratie sollten auf den Lehrplänen stehen, sondern gesellschaftliche Streitthe-
20 men, Mitmachmöglichkeiten und der praktische Austausch mit Parteien,
21 PolitikInnen und Aktiven. Demokratie muss praktisch erprobt und kennenge-
22 lernt werden. Die Durchführung von "Politiktagen", bei denen Bürgerinitiativen,
23 Parteien und Verbände Workshops an Schulen anbieten, regelmäßige Demokra-
24 tietrainings und ein regelmäßiger Kontakt zu den WahlkreiskandidatInnen sind
25 neben den neuen Instrumenten der Netzdemokratie nur einige Beispiele, um
26 den Sozialkundeunterricht lebensnäher und interessanter zu gestalten.

27
28 Die bisherigen Versuche, mehr Teilhabe für Jugendliche in gesellschaftlichen
29 Prozessen zu verwirklichen sind größtenteils als gescheitert anzusehen. Die En-
30 quete-Kommission „Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kom-
31 menden Generationen“ des Bayerischen Landtags von 2005 konnte nur eine ers-
32 te Analyse hinsichtlich der Herausforderungen liefern, mit denen sich junge
33 Menschen in unserer Gesellschaft konfrontiert sehen. Eine Umsetzung der darin
34 enthaltenen, ohnehin eher vagen Empfehlungen lässt sich bisher jedoch nicht
35 feststellen, da vor allem unzureichende statistische Erkenntnisse über die Le-
36 bensrealitäten junger Menschen in Bayern bestehen. Wir fordern aus diesem
37 Grund regionsbezogene Erhebungen über die Freizeitgestaltung, die ökonomi-
38 sche Situation, die vorhandenen Angebote und die Interessenlagen junger Men-
39 schen in Bayern. Ohne diese Erhebungen ist eine bedarfsgerechte Durchführung
40 von Programmen und die Verbesserung der Infrastruktur für Jugendliche nicht
41 zu verwirklichen. Die Mittel hierfür sind vom Freistaat bereitzustellen und dür-
42 fen nicht – wie bisher – den Kommunen aufgebürdet werden.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41

Auch die Freizeitgestaltung ist für junge Menschen enorm wichtig. Gerade - aber nicht nur - im ländlichen Raum, wo vielerorts nur wenig Infrastruktur für Jugendliche besteht, müssen mehr Jugendtreffs und selbstverwaltete Zentren entstehen, die gut mit dem ÖPNV zu erreichen sind und modernen Anforderungen (Internetausstattung, Mobiliar) genügen. Nur dort, wo Jugendliche in die Gestaltung der Räumlichkeiten und der dort stattfindenden Aktivitäten mit einbezogen werden, kann man von wirklich selbstbestimmter Freizeitgestaltung sprechen. Eine zunehmende Kommerzialisierung der Freizeitangebote führt jedoch aktuell dazu, dass bestimmte Gruppen von vorne herein ausgeschlossen werden, bzw. gar nicht erwünscht sind. Dieser Entwicklung ist nur durch gezielte Investitionen im Jugendbereich entgegenzuwirken. Freizeitgestaltung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Es darf auch nicht zu einer Verdrängung der Freizeitgestaltung junger Menschen in geschlossene Räume kommen. Junge Menschen haben das Recht, den öffentlichen Raum gleichberechtigt mit allen anderen NutzerInnen in Anspruch zu nehmen. Die entstehenden Konflikte sind im Dialog, nicht durch Repression, zu lösen.

Partizipation für Jugendliche zu verwirklichen ist dabei ein zentrales Thema unserer Zeit. Eine Gesellschaft, die sich jugendpolitischen Themen vollwertig annimmt, muss auch aktive und gleichwertige Mitsprache in Parlamenten und Räten gewährleisten. Der Anteil junger Menschen unter den MandatsträgerInnen in der Kommune bzw. im bayerischen Landtag sowie im Bundestag und im Europäischen Parlament ist jedoch erschreckend niedrig. Gerade die SPD sollte es sich als progressive linke Volkspartei zur Aufgabe machen, ihre Listen verstärkt für junge Menschen zu öffnen. Der jüngste SPD-Abgeordnete im Bayerischen Landtag ist derzeit 43 Jahre jung. Für die Landtags- und Bundestagswahlen 2013 halten wir es für erforderlich, vordere Listenplätze für junge KandidatInnen zur Verfügung zu stellen. Die von Natascha Kohnen, Generalsekretärin der BayernSPD, angekündigte Unterstützung für junge KandidatInnen zur Kommunalwahl 2014 bewerten wir sehr positiv und wünschen uns ein flächendeckendes Programm der BayernSPD zur Förderung junger KommunalpolitikerInnen. Die junge Generation muss die Möglichkeit erhalten, sich auch auf parlamentarischer Ebene in die wegweisenden Richtungsdebatten einzuschalten.

Wir fordern für bessere Teilhabe in Bayern:

- die Durchsetzung einer Jugendpolitik jenseits stigmatisierender Präventionspolitik
- die Verbesserung der politischen Bildung in und außerhalb der Schulbildung

- 1 • die Anpassung der Partizipationsmöglichkeiten an die Lebensrealität der
- 2 Jugendlichen
- 3 • die Absenkung des Wahlalters
- 4 • die Förderung junger KandidatInnen für politische Ämter
- 5

Richtlinienänderungen

AntragsstellerIn: Juso-Landesvorstand

Angenommen

Richtlinienänderungen

1 Die Richtlinien der Jusos Bayern werden wie folgt geändert:

2 1. Punkt III.2.b der Richtlinien wird der Begriff „Parteimitglieder“ durch „Ju-
3 so-Mitglieder“ ersetzt.

4 2. In Punkt III.2.a werden folgende Aufzählungspunkte gestrichen:

- 5 • Benennung der bayerischen VertreterInnen in Arbeitskreisen, Projekt-
6 gruppen und Kommissionen des Bundesverbandes
- 7 • Benennung der LeiterInnen der Arbeitskreise, Kommissionen und Projekt-
8 gruppen des Landesverbandes

9 3. An Punkt IV.1 wird folgender Satz angefügt: „Bei Delegiertenwahlen rich-
10 tet sich die Reihenfolge der Ersatzdelegierten unter Berücksichtigung der Quo-
11 tierung nach dem Stimmenergebnis des ersten Wahlgangs.“

12 Die Änderungen gelten mit sofortiger Wirkung.

13

Resolution

AntragsstellerIn: Juso-Landesvorstand

Angenommen

Resolution zum Rentenkonzept des Parteivorsitzenden

1 Der SPD-Parteivorsitzende hat Anfang September ein Konzept zur Fortentwick-
2 lung der gesetzlichen Rentenversicherung in den Parteivorstand eingebracht,
3 über das auf einem Parteikonvent Ende November entschieden werden soll.

4
5 Wir begrüßen, dass nach jahrelanger Vertagung der Diskussion nun endlich ein
6 Vorschlag vorgelegt wurde. Dieser ist allerdings an zentralen Stellen unzurei-
7 chend:

- 8 • Beim Festhalten am Absenken des Rentenniveaus auf 43 Prozent
- 9 • Beim Festhalten am Renteneintrittsalter 67
- 10 • Bei der Beschränkung der Ausweitung des Versichertenkreises nur auf
11 Personen, die nicht über ein anderes obligatorisches Alterssicherungssystem
12 versichert sind.

13
14 Dagegen begrüßen wir ausdrücklich andere gemachte Vorschläge, insbesondere
15 zur Erwerbsminderungsrente, zur Angleichung der Anrechnung von Kindererzie-
16 hungszeiten, zur Teilrente, zur Anrechnung von Zeiten der Arbeitslosigkeit und
17 zur Verlängerung der Rente nach Mindestentgeltpunkten.

18

19 **Rentenniveau, Lebensstandardsicherung und Armutsfestigkeit**

20

21 Unser Ziel bleibt, dass die gesetzliche Rentenversicherung eine Rente auszahlt,
22 die in ihrer Höhe in der Regel oberhalb der Armutsgrenze liegt. Darüber hinaus
23 soll die gesetzliche Rente grundsätzlich garantieren, dass der im Erwerbsleben
24 erreichte Lebensstandard im Alter gehalten werden kann.

25

26 Daher fordern wir, die weitere Absenkung des Rentenniveaus zu stoppen. Dieses
27 soll auf mindestens 51 Prozent festgeschrieben werden. Dies bedeutet in der
28 Spitze einen um 1,5 bis 2 Prozentpunkte höheren Beitragssatz der Arbeitnehme-
29 rInnen zur gesetzlichen Rentenversicherung. Dem gegenüber steht aber, dass
30 ein höheres Rentenniveau die Einführung eines verpflichtenden Betriebsrenten-
31 beitrags der ArbeitnehmerInnen von 2 Prozent (mit freiwilliger Erweiterungs-
32 möglichkeit auf 6 Prozent) überflüssig macht. Insgesamt entsteht so eine gerin-
33 gere Belastung der ArbeitnehmerInnen. Gleiches dürfte auch für die Arbeitgebe-
34 rInnen gelten, die ja auch an der Finanzierung von Betriebsrenten zu beteiligen
35 wären.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42

Wir fordern zusätzlich die Abschaffung der Riester-Rente bei gleichzeitiger weiterer Erhöhung des Rentenniveaus um die durch die „Riester-Treppe“ erzeugte Absenkung. Das höhere Rentenniveau kann gegenfinanziert werden, weil mit der Abschaffung der Riester-Rente die 4 Prozentpunkte Riester-Beitrag der ArbeitnehmerInnen entfallen und Spielraum für einen höheren GRV-Beitrag ohne zusätzliche Belastung der ArbeitnehmerInnen bieten. Die im Bundeshaushalt eingesparten Riesterzuschüsse können zur teilweisen Gegenfinanzierung der Aufstockungen in der GRV genutzt werden.

Um die Rente armutsfest auszugestalten fordern wir als Konkretisierung der Vorschläge zur Berücksichtigung von Arbeitslosigkeit, dass für die Beziehenden von Arbeitslosengeld II wieder Rentenversicherungsbeiträge abgeführt werden. Diese sollen der Aufstockung durch die Rente nach Mindestentgeltpunkten unterliegen.

Renteneintrittsalter

Wir fordern weiterhin, das Renteneintrittsalter wieder auf 65 Jahre festzusetzen. Dies schließt nicht aus, die Möglichkeiten zu einer freiwilligen Erwerbstätigkeit über das 65. Lebensjahr hinaus zu verbessern, soweit dadurch die Arbeitsmarktchancen junger Menschen nicht massiv negativ beeinflusst werden.

Versichertenkreis

Wir halten an der Forderung einer Erwerbstätigenversicherung fest. In dieser sollen alle Personen verpflichtend versichert sein, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, also auch Selbstständige, FreiberuflerInnen und BeamtenInnen. Die bestehenden Altersvorsorgesysteme dieser Personengruppen sollen durch die GRV abgelöst werden.

Betriebsrenten

Das Konzept des Parteivorsitzenden schlägt einen erheblichen Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge vor. Dies soll dazu genutzt werden, die entstehende Lücke beim Rentenniveau zu schließen.

Unserer Ansicht nach ist dies einfacher zu erfüllen, wenn das Rentenniveau selbst höher festgesetzt wird (s.o.). Damit wird ein Ausbau der Betriebsrenten überflüssig. Dies schließt einen zwischen den Tarifparteien vereinbarten freiwilligen Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge nicht aus.

1 Der Ausbau der Betriebsrente hat den erheblichen Nachteil, dass der Zugang al-
2 ler ArbeitnehmerInnen zu Betriebsrenten nicht gewährleistet werden kann. Ins-
3 besondere kleine Betriebe bieten i.d.R. bisher keine betriebliche Altersvorsorge
4 an; hier müssten erst die institutionellen Voraussetzungen geschaffen werden.
5 Das Rentenkonzept schlägt dazu vor, dass kleine Betriebe die betriebliche Al-
6 tersvorsorge über Einzahlungen in die GRV abdecken können – daraus ergibt
7 sich aber die zwingende Frage, warum nicht unmittelbar ein höherer Beitrag zur
8 GRV angestrebt wird. Hinzu kommt, dass ein wesentlicher Teil der betrieblichen
9 Altersvorsorge über Kapitaldeckung abgewickelt wird, die für Finanzmarktkrisen
10 anfällig ist.

11
12 Problematisch erscheint bei abnehmender Tarifbindung auch, dass die konkrete
13 Ausgestaltung von Betriebsrenten durch die Tarifparteien geregelt werden
14 müsste. Dies kann zu einer Vielzahl von Insellösungen führen, durch die die Por-
15 tabilität von betrieblichen Rentenansprüchen beim Wechsel des Arbeitge-
16 bers/der Arbeitgeberin nicht gewährleistet werden kann. Betroffen sind dabei
17 vor allem ArbeitnehmerInnen mit häufigen kurzfristigen Beschäftigungen, die
18 durch diese die Mindestzeiten für den Erwerb von Betriebsrentenansprüchen bei
19 einem Arbeitgeber/einer Arbeitgeberin nicht erfüllen können; dies sind insbe-
20 sondere Niedrigqualifizierte. Deshalb ist die Betriebsrente gerade nicht dazu ge-
21 eignet, Altersarmut zu verhindern – die besonders gefährdeten Personen wer-
22 den große Probleme haben, überhaupt Betriebsrentenansprüche zu erwerben.

Frauen und Gleichstellung

Antrag F 1

Antragsteller: Juso-Landesvorstand

Adressaten: Juso-Bundeskongress

Angenommen

Errungenschaftsgemeinschaft als gesetzlichen Güterstand einführen

1
2 Bisher gilt in Deutschland der gesetzliche Güterstand der **Zugewinn-**
3 **schaft**, sofern die Ehepartner nichts Abweichendes (Vereinbarung der Güter-
4 trennung bzw. Gütergemeinschaft, modifizierte Zugewinnsgemeinschaft) im
5 Rahmen eines Ehevertrages vereinbart haben. Der Begriff „Zugewinnsgemein-
6 schaft“ ist irreführend: Während der bestehenden Ehe greift der Grundsatz der
7 getrennten Vermögensmassen. Danach bleibt das Vermögen von Mann und
8 Frau nach der Eheschließung, abgesehen von einzelnen gesetzlich vorgesehenen
9 Vermögensbeschränkungen, getrennt. Jeder Ehepartner verwaltet sein Vermö-
10 gen selbst. Zum Vermögen jedes Ehepartners gehört dabei sowohl das in die Ehe
11 eingebrachte sowie das während der Ehe hinzuerworbene Vermögen, insbeson-
12 dere der Arbeitsverdienst.

13 Nach dieser Regelung wird der/die EhepartnerIn, der/die sich der Kindersorge
14 widmet und daher jahrelang keiner oder nur einer geringfügigen Beschäftigung
15 nachgehen kann, gegenüber dem/der erwerbstätigen EhepartnerIn im vermö-
16 gensrechtlichen Bereich benachteiligt. Der/Die PartnerIn, der/die über kein oder
17 nur ein geringes Einkommen verfügt, hat während der Ehe eine schwache Ver-
18 handlungsposition hinsichtlich der Verwendung des Geldes und keine Möglich-
19 keit, auf Entscheidungen des/der „vermögenden“ Partners/in einzuwirken. Ge-
20 meinsames Vermögen entsteht nur hinsichtlich der Haushaltsgegenstände (Be-
21 gründung von Miteigentum nach Bruchteilen). Erst bei Beendigung der Ehe wer-
22 den sonstige während der Ehe eingetretene einseitige Vermögensmehrungen
23 ausgeglichen (Zugewinnausgleich). Hier findet der Anteil des/der nicht oder ge-
24 ringfügig beschäftigten Ehepartners/in am erworbenen Vermögen des/der er-
25 werbstätigen Ehepartners/in Berücksichtigung, weil es auch auf der Mitarbeit
26 des/der nicht oder geringfügig beschäftigten Ehepartners/in beruhend angese-
27 hen wird. Als Zugewinn wird dabei der Betrag bezeichnet, um den das Endver-
28 mögen eines/r Ehepartners/in sein/ihr Anfangsvermögen übersteigt. Wer bei
29 Beendigung der Ehe einen größeren Zugewinn erzielt hat, muss diesen Mehrge-
30 winn in Höhe der Hälfte der Differenz an den/die EhepartnerIn abführen.

1 Der Güterstand der Zugewinnngemeinschaft ist insofern grundsätzlich auf die
2 „Hausfrauenehe/Hausmannsehe“ zugeschnitten, also auf Fälle, in denen eine
3 Person allein, möglicherweise bei gleichzeitiger Teilzeitarbeit, die Kindersorge
4 und die Haushaltsführung übernimmt.

5 Auch der Güterstand der **Gütertrennung** bringt dem/der haushaltsführenden
6 EhepartnerIn sowohl während der Ehe als auch im Falle einer Scheidung nicht
7 die gewünschte Gleichbehandlung. Während der Ehe sind die Eheleute wieder-
8 um nicht am Vermögenserwerb des jeweils anderen beteiligt (getrennte Ver-
9 mögensmassen und eigenständige Verwaltung des Vermögens), so als ob sie
10 nicht miteinander verheiratet wären. Im Fall der Scheidung entstehen ferner
11 keine güterrechtlichen Ausgleichsansprüche vergleichbar der Zugewinnngemein-
12 schaft. Insofern wird der/die PartnerIn benachteiligt, der/die aufgrund von Fa-
13 milienarbeit keinen oder nur einen geringen Vermögenszuwachs verbuchen
14 kann.

15 Die **Gütergemeinschaft** fußt zwar auf dem Gedanken der Verwirklichung der
16 ehelichen Lebensgemeinschaft im vermögensrechtlichen Bereich, indem sämtli-
17 che in die Ehe eingebrachten und in der Ehe erworbenen Vermögenswerte zum
18 gemeinschaftlichen Vermögen beider Eheleute zählen (Gemeinschaftsgut). Sie
19 wird jedoch kaum frei gewählt, weil auch voreheliches Vermögen in das Ge-
20 samtgut eingeht, was viele Leute hemmt, diesen Güterstand zu wählen. Auch
21 läuft der Ehepartner Gefahr, für voreheliche Schulden oder Unterhaltsverbind-
22 lichkeiten des Partners zu haften. Im Falle einer Scheidung wird ferner das Ver-
23 mögen ohne Rücksicht auf seine Herkunft unter den Eheleuten halbiert.

24 In vielen europäischen Ländern ist demgegenüber der Güterstand der
25 **Errungenschaftsgemeinschaft** als gesetzlicher Güterstand vorherrschend. Diese
26 sieht eine gleichberechtigte Teilhabe der Eheleute am während der Ehe gemein-
27 sam erwirtschafteten Vermögen vor. Während bei der Zugewinnngemeinschaft
28 die Vermögenssphären der Eheleute während der Ehe getrennt bleiben und so-
29 mit derjenige/diejenige PartnerIn eine schwächere Verhandlungsposition hin-
30 sichtlich der Vermögensverwendung hat, der/die weniger oder kein Einkommen
31 hat, werden bei der Errungenschaftsgemeinschaft beide Partner zu gleichen Teil-
32 len MitinhaberIn des während der Ehe gemeinsam bzw. vom jeweils anderen
33 erwirtschafteten Vermögens (Gesamtgut). Dieses Gesamtgut wird während der
34 Ehe gemeinschaftlich verwaltet. Somit verfügt jedeR EhepartnerIn über eine
35 gleichstarke Verhandlungsposition. Das voreheliche Vermögen fließt nicht in
36 das Gesamtgut ein. Der Güterstand der Errungenschaftsgemeinschaft birgt ei-
37 nen weiteren Vorteil: Bei Scheidung erfolgt die Aufteilung des Gesamtguts
38 durch einfache Teilung jedes Vermögenswertes. Dagegen findet im Falle der
39 derzeitigen gesetzlichen Regelung der Zugewinnngemeinschaft nur ein wertmä-
40 ßiger Ausgleich statt, indem nicht jeder einzelne Vermögenswert einfach geteilt

1 wird, sondern der im Laufe der Ehe erwirtschaftete Zugewinn im Ganzen be-
2 stimmt und zum Ausgleich gebracht wird.

3 Die Errungenschaftsgemeinschaft stellt im Gegensatz zur Zugewinngemein-
4 schaft eine Gleichstellung beider Ehepartner während der Ehe hinsichtlich der
5 finanziellen Verwaltung dar und beseitigt die mangelnde dingliche
6 Mitberechtigung des/der nicht oder wenig erwerbenden Ehepartners/in. Die
7 Jusos Bayern fordern deshalb, die Errungenschaftsgemeinschaft als gesetzlichen
8 Güterstand anstelle der Zugewinngemeinschaft einzuführen.

Innen - und Rechtspolitik

Antragsnummer: I 1

Antragsteller: Juso-Regionalbezirk Mittelfranken

Angenommen

Abschaffung und künftige Ablehnung jeglicher Art der Vorratsdatenspeicherung

1 Das Bundesverfassungsgericht erklärte im März 2010 das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung für verfassungswidrig. Dies mit Begründungen, die sich auf die
2 konkrete Ausarbeitung des Gesetzes beziehen und mit dem Zusatz, dass Vorratsdatenspeicherung generell nicht gegen das Grundgesetz verstoßen würde. Es
3 handelt sich hierbei um die Speicherung persönlicher Kommunikationsdaten ohne Anfangsverdacht. Als dieses Gesetz während der Legislaturperiode der großen
4 Koalition verabschiedet wurde, verkündete ein großer Anteil der SPD-Bundestagsfraktion in einem Schreiben, dass man „schwere politische und verfassungsrechtliche Bedenken“ habe, dieses Gesetz aber auf Grund einer „labilen Sicherheitslage“, speziell wegen den Gefahren des „internationalen Terrorismus“, von Nöten sei.

12 Das Wort „Gefahr“ ist es, welches die Menschen dazu bringen soll, ihre persönlichen Rechte den Interessen des Staates unterzuordnen. Sei es die Gefahr des internationalen Terrorismus, der Kinderpornografie, des „Rechtsterrors“, oder die der Beleidigung und Urheberrechtsverletzung im Internet; den Verfechtern der Vorratsdatenspeicherung ist keine Begründung zu unmoralisch. Die Eingriffe in die Grundrechte der Pressefreiheit, der informationellen Selbstbestimmung und in die Verschwiegenheitspflicht von Ärzten, Anwälten und Seelsorgern werden unter den Tisch gekehrt. Zu befürchten ist, dass durch ein solches Gesetz viele Leute vor Kontakt zu Beratungsstellen und der Äußerung von Staatskritik zurückschrecken.

22 Dabei ist zu bedenken, dass Kommunikationsdaten nie zweifelsfrei einer Person zuzuordnen sind, zumal statistisch ermittelt wurde, dass die Nutzung dieser kaum zur Verhinderung und Aufklärung von Straftaten beiträgt. Eine kollektive Erfassung der Kommunikationsdaten würde zudem die Entwicklung von Mitteln zum Schutz vor Überwachung fördern. Selbst Gesetzentwürfe, in denen die Nutzung der Daten auf konkrete Verdachtsfälle beschränkt ist, wären eine Farce, da die Nutzung der Daten im Ermessen der Behörden liege, welche Zugang zu einer Vielzahl von zentral gespeicherten Daten haben.

30 Ähnlich wie bei den Daten der Volkszählung 2011 besteht die Gefahr des Missbrauchs und Diebstahls der Datensätze. Diese Volkszählung und die Speicherung

1 von Biometrischen Daten in Reisepässen und Personalausweisen stellen erhebliche
2 Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte deutscher StaatsbürgerInnen dar, ein
3 Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung würde eine Komplettüberwachung jedes
4 einzelnen Bürgers und jeder einzelnen Bürgerin durch den Staat ermöglichen.
5 Dies gilt es zu verhindern. Es ist also unbedingt notwendig, die Vorratsdatenspei-
6 cherung abzuschaffen und auch künftig in jeglicher Form strikt abzulehnen.

Antragsnummer: I 2

Antragsteller: Jusos Oberbayern

Angenommen

Grundrecht auf menschenwürdiges Leben für alle!

Für eine bessere Asylpolitik

7 Hintergrund

8 Aufgrund der steigenden Zahl der Krisenherde weltweit, steigen auch die Her-
9 ausforderung für die Bundesrepublik und den Freistaat in der Asyl- und Flücht-
10 lingspolitik. Abgesehen von einer miserablen Integrationspolitik, scheinen Ver-
11 waltung und Regierung mit durch diese Herausforderung regelrecht überfordert
12 zu sein. Der Bezirk Oberbayern hat seit Beginn des Jahres 2012 eine Zuweisung
13 von etwa 3000 Flüchtlingen erhalten, die zum großen Teil aus Ländern stam-
14 men, in denen Bürger- und asymmetrische Kriege den Alltag bestimmen. Der
15 Bezirk ist gehalten, die Flüchtlinge in seinen Kommunen unterzubringen. Der
16 Verteilungsschlüssel richtet sich dabei an der Bevölkerungsgröße der Kommu-
17 nen.

18 Problem

19 Abgesehen von fehlenden politischen Lösungsansätzen, stößt die Unterbrin-
20 gung der Flüchtlinge vielerorts auf Widerstand. Vorfälle, bei denen 100 Flücht-
21 linge in 500- Einwohner großen Gemeinden untergebracht werden, sind keine
22 Seltenheit. Bei den Unterkünften handelt es sich dabei auch oft um lehrstehen-
23 de alte Wirtshäuser, ein Zugang an Verkehrsinfrastruktur ist nur schwer mög-
24 lich. Förderung in Sprache und Bildung werden zudem von ehrenamtlichen Trä-
25 gern geleistet, was auf mittel- und langfristige Dauer nicht funktionieren wird.

26 Forderung

1 Wir Jusos fordern einen gleichberechtigten und menschenwürdigen Umgang
2 mit Asylsuchenden. Das Schicksal, in einer anderen Region dieser Erde geboren
3 zu sein, darf ein selbstbestimmtes Leben nicht beeinträchtigen! Neben der An-
4 hebung des Vergütungssatzes, der kürzlich beschlossen worden ist, sind Bund
5 und Freistaat gefordert, die Kommunen bei der Versorgung der Asylsuchenden
6 finanziell zu unterstützen. Wir fordern weiterhin:

7

8 1. Eine dezentrale Unterbringung in den einzelnen Kommunen. Bei der Unter-
9 bringung darf es sich nicht um alte, leer stehende Wirtshäuser handeln. Eine an-
10 gemessene Unterbringung in sozialen Wohnräumen ist erforderlich.

11

12 2. Gewährleistung des Zuganges zu öffentlichen Verkehrsmitteln.

13

14 3. Besondere pädagogische und psychologische Betreuung von Asylsuchenden mit
15 Kriegserlebnissen.

16

17 4. Eine staatlich unterstützte Sprachförderung.

18

19 5. Eine Aufhebung der Residenzpflicht

20 6. Die Abschaffung des Sachleistungsprinzips

21

Bildung

Antragsnummer: B 1

AntragstellerIn: Juso-Hochschulgruppen Bayern (über den Juso-Landesvorstand)
Angenommen

Forderungskatalog der Juso Hochschulgruppen Bayern für die Landtagswahl 2013

1 Unser Bildungsverständnis

2 Wir verstehen Bildung als Grundlage einer demokratischen Gesellschaft. Erst
3 durch Bildung wird es den Mitgliedern dieser Gesellschaft möglich, an ihr zu par-
4 tizipieren. Bildung ist daher ein Menschenrecht, das allen kostenfrei zugänglich
5 sein muss, unabhängig von Herkunft, Beeinträchtigungen, Geschlecht und Alter.
6 Bildung ist ein Instrument zur Bekämpfung sozialer Ungleichheiten. Chancen-
7 gleichheit im Bildungssystem ist für uns daher elementare und somit unver-
8 zichtbare Voraussetzung für eine sozial gerechte Gesellschaft.

9 Im Mittelpunkt von Bildung muss die Entwicklung und Entfaltung der Persön-
10 lichkeit stehen. Bildung bedeutet explizit nicht ausschließlich Ausbildung son-
11 dern in erster Linie Persönlichkeitsbildung. Bildung ist ein lebenslanger Prozess,
12 der sich an die individuellen Lebenssituationen der Menschen anpassen muss.
13 Der Bildungsprozess muss aus diesem Grund selbstbestimmt gestaltbar sein.

14

15 Aus diesem Bildungsverständnis heraus ergeben sich für uns zwangsläufig fol-
16 gende Konsequenzen für die Hochschulpolitik.

17

18 Inklusion

19 In der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks gaben rund 30 % aller
20 Befragten an eine Behinderung zu haben und/oder an einer chronischen Krank-
21 heit zu leiden. Immer noch werden diese Studierenden an Hochschulen auf viel-
22 fache Weise benachteiligt. Wir sprechen uns gegen jede Art der Benachteiligung
23 aus und fordern allen Studierenden unabhängig von ihren körperlichen und
24 geistigen Voraussetzungen und ihrer sozialen, kulturellen und ökonomischen
25 Herkunft die gleichen Chancen für ein erfolgreiches Studium zu bieten. Wir for-
26 dern, dass den zuständigen Stellen die nötigen personellen und finanziellen Mit-
27 tel zur Verfügung gestellt werden, damit der gesamte Hochschulstandort, was
28 auch Wohnheime, Mensen und kommunale Infrastruktur einschließt, inklusiv
29 gestaltet werden kann. Insbesondere in der Lehre wird – wenn überhaupt – nur
30 sehr gering auf die Bedürfnisse von Studierenden mit Beeinträchtigung
31 und/oder chronischer Krankheit eingegangen.

1 Wir fordern die konsequente Verwirklichung einer inklusiven Hochschule. Eine
2 solche Hochschule geht von individuellen Bedürfnissen eines/einer jeden aus
3 und ist aus diesem Grunde in jeglicher Hinsicht barrierefrei. Barrieren sind für
4 uns nicht nur bauliche Hindernisse sondern Einschränkungen aller Art.

5 Jede Hochschule wird dazu verpflichtet sich regelmäßig einer staatlich aner-
6 kannten Begutachtung zu unterziehen und darauf basierend Konzepte zu erstel-
7 len und Maßnahmen zu ergreifen um Inklusion umzusetzen. Diese Maßnahmen
8 müssen staatlich gefördert werden. Da Inklusion aber insbesondere eine andere,
9 positive Einstellung gegenüber Unterschiedlichkeit bedeutet, fordern wir, dass
10 das Thema in allen Studiengängen Beachtung findet. Wir fordern eine allumfas-
11 sende Inklusion, weil es normal ist, verschieden zu sein.

12 13 Gleichstellung

14 Um eine wirkliche Gleichstellung von Mann und Frau zu erreichen und Gender
15 Mainstreaming voranzutreiben, fordern wir eine Quote von fünfzig Prozent für
16 die Besetzung von Lehrstühlen und Führungspositionen in der Verwaltung aller
17 bayerischen Hochschulen. Auf dem Weg dorthin findet das Kaskaden-Modell
18 Anwendung. Voraussetzung hierfür ist, dass die Hochschulen dazu verpflichtet
19 sind, weitere Maßnahmen zur Frauenförderung zu ergreifen um ein Gleichge-
20 wicht zwischen den AbsolventInnen in allen Fachbereichen herzustellen, damit
21 diese Quote überhaupt erfüllt werden kann. Diese Quote soll auch bei der Ver-
22 gabe von Auslandsstudienplätzen und der Einstellung von studentischen Hilfs-
23 kräften Anwendung finden. Zudem fordern wir den grundlegenden Ausbau von
24 Förderungsprogrammen, die Frauen in allen Bereichen der Wissenschaft fördern,
25 wie beispielsweise „Mentoring-Programme“, den Ausbau von Frauennetzwer-
26 ken oder die Einführung von Gender-Budgeting.

27 Desweiteren fordern wir, dass alle Lehrmaterialien in gendergerechter Sprache
28 verfasst werden und dass der Ausbau von Studiengängen über das Thema
29 Gleichstellung (z.B. Gender Studies) gefördert wird.

30 Auch fordern wir, dass mehr Geld für die Arbeit von Gleichstellungs- und Frau-
31 enbeauftragten ausgegeben wird.

32 33 Bologna – Studium der Zukunft

34 Der Wechsel zwischen bayerischen Hochschulen ist oft sowohl innerhalb eines
35 Studiums, als auch beim Übergang von Bachelor zu Master problematisch. Dies
36 liegt unter anderem an der schlechten Vergleichbarkeit der Module und ihrer
37 bürokratisch erschwerten Anrechenbarkeit. Wir fordern deshalb die Einrichtung
38 einer Plattform der bayerischen Hochschulen auf Ebene der
39 Studiengangsbeauftragten. Die Gleichwertigkeit der Module der Hochschulen
40 für Angewandte Wissenschaft, Musik- und Kunsthochschulen mit denen der
41 Universitäten soll in der Realität durchgesetzt werden.

1 Eine weitere Hürde für Mobilität stellen die unterschiedlichen Semesterzeiten
2 dar. Deswegen fordern wir eine Koordinierung der Semesterzeiten aller Hoch-
3 schulen, die sich im Sinne der Lissabon-Konvention an den in Europa üblichen
4 Semesterzeiten orientieren sollen. Langfristig fordern wir eine europaweite An-
5 gleichung der Semesterzeiten.

6 Chancengleichheit im Studium soll auch durch die Gleichstellung der verschie-
7 denen Zugangsmöglichkeiten zum Grundstudium sichergestellt werden, sei es
8 durch, Fachhochschulreife, allgemeine Hochschulreife, dreijährige Ausbildung
9 oder eine kürzere Ausbildung in Verbindung mit Arbeitserfahrung im gelernten
10 Beruf.

11 Dazu gehören auch sozial gerechtere Zugangsmöglichkeiten zu den Studien-
12 gängen, wobei auf lange Sicht die Hochschulzugangsbeschränkungen bundes-
13 weit abgeschafft werden sollen. Als Zwischenlösung fordern wir die Vergabe
14 der Studienplätze ausschließlich nach Losverfahren in Kombination mit Warte-
15 zeit.

16 Wir fordern außerdem, einen Rechtsanspruch auf den gewünschten Master in
17 das Landeshochschulgesetz zu übernehmen und die Anzahl der Masterplätze
18 auszubauen.

19 Wir sind der Überzeugung, dass die Wahl der Bildungsinhalte grundsätzlich
20 selbstbestimmt erfolgen sollte, da Bildung einen Selbstwert hat. Darüber hinaus
21 kann einer komplexen und globalisierten Welt nur durch eine individuellere
22 Studienplanung Rechnung getragen werden. Hierbei sollte das blended learning
23 ein integraler Bestandteil der Hochschullehre sein.

24 Außerdem fordern wir die Einführung eines freien Bachelors, aber auch einen
25 größeren Bereich für freie Leistungen (1/3 der Studienleistungen) in jedem Stu-
26 diengang. Dies soll begleitet werden durch ein deutlich erhöhtes Angebot an
27 kompetenter Studienberatung sowohl durch studentische TutorInnen als auch
28 durch ausgebildete Fachkräfte. Dazu gehören auch mehr Möglichkeiten an frei
29 zugänglicher und unbürokratischer Supervision durch psychologische und psy-
30 chotherapeutische Fachkräfte.

31 Studierende sollen das Recht haben, an allen Angeboten ihrer Hochschule teil-
32 zunehmen und entsprechende Prüfungen abzulegen, unabhängig davon, ob die-
33 se innerhalb ihres Studienganges vorgeschrieben sind.

34 Die Juso Hochschulgruppen fordern eine Reduzierung der Prüfungszahl und eine
35 Abschaffung von reinen Single- und Multiple Choice – Klausuren. Ihr Anteil sollte
36 innerhalb einer Klausur weniger als 50% betragen.

37 Darüber hinaus sehen wir eine Abschaffung der Anwesenheitspflicht als uner-
38 lässlich für ein selbstbestimmtes Studium an, genauso wie die freie Wählbarkeit
39 der Prüfungsform. Die einführenden Module dürfen nicht benotet werden.

40 Praktika können zwar verpflichtender Bestandteil einiger Studiengänge sein,
41 sollen aber in jedem Fall flexibel und individuell gestaltbar sein. Um den Studie-
42 renden eine Integration von Praktika oder anderen praxisnahen Elementen in ihr

1 Studium nach eigenem Ermessen zu ermöglichen, fordern wir eine stärkere Un-
2 terstützung durch die Hochschulen beim Finden passender Praktika.

3 Praktika dürfen zu keinem Ausnutzen der PraktikantInnen dienen. Daher fordern
4 wir eine Vergütung längerer Praktika.

5 Wir fordern eine Einbeziehung der Studierenden in die Gestaltung ihrer Studi-
6 engänge. Dafür sollen im bayerischen Hochschulgesetz zur Hälfte mit Studie-
7 renden besetzte und demokratisch legitimierte Studiengangskommissionen
8 vorgeschrieben werden. Die Aufgabe dieser StudierendenvertreterInnen muss
9 sein, die einzelnen Studiengänge inhaltlich und organisatorisch regelmäßig zu
10 überprüfen.

11 Das Studium ist nicht auf einen bestimmten Lebensabschnitt oder einen festge-
12 legten Ort begrenzt. Studium ist ein andauernder Prozess, der mit allen Lebens-
13 entwürfen und Biografien vereinbar sein muss. Deshalb muss die Höchststudi-
14 endauer abgeschafft und die Möglichkeit zum Teilzeitstudium in allen Bereichen
15 gegeben werden.

16

17 Lehramtsstudium reformieren

18 Das Lehramtsstudium bietet eine Möglichkeit das Bildungssystem, insbesondere
19 das Schulsystem, zu verändern. Gerade die LehrerInnen der Zukunft haben
20 enormen Einfluss darauf, ob der Wandel im Bildungssystem, den die Sozialde-
21 mokratie anstrebt, gelingt.

22 Unseren Forderungen für die Reform des Lehramtsstudiums legen wir die Ge-
23 meinschaftsschule als einzige Regelschule zugrunde. Wir gehen davon aus, dass
24 die SPD im Falle einer Regierungsübernahme die Gemeinschaftsschule als einzi-
25 ge Regelschule in Bayern einführt. Dafür muss sich auch die LehrerInnenbildung
26 verändern. Das Thema Inklusion muss fester Bestandteil des Studiums werden.

27

28 Die Fachwissenschaften, ihre Didaktiken, die Pädagogik und die Psychologie
29 müssen Teil des Lehramtsstudiums sein und im Studium miteinander verknüpft
30 werden.

31 LehrerInnen sollen dazu befähigt werden, Inhalte und Methoden zu hinterfragen
32 und dadurch Schule weiterzuentwickeln.

33 Wir fordern ein Orientierungsjahr für alle Lehramtsstudierenden, in denen be-
34 reits Veranstaltungen besucht werden, die Studierenden sich aber noch nicht
35 auf eine Altersgruppe oder bestimmte Fächer festlegen müssen.

36 Wir stehen zu den Möglichkeiten, die das modularisierte Lehramtsstudium bie-
37 tet. Aber auch Studierende mit einem Bachelor of Education müssen die Chance
38 haben an einer Schule in einem pädagogischen Team zu arbeiten. Selbstver-
39 ständlich fordern wir aber auch hier einen Rechtsanspruch auf einen Master, der
40 für den LehrerInnenberuf qualifiziert.

1 Als Konsequenz der Gemeinschaftsschule fordern wir ein Lehramt für alle. Eine
2 Spezialisierung auf Altersstufen und bestimmte Fächer(gruppen) soll aber mög-
3 lich sein.

4 Theorie und Praxis sind in der LehrerInnenbildung momentan durch Studium
5 und Referendariat getrennt. Diese Trennung halten wir für falsch.

6 Wir fordern die Möglichkeit einer Verknüpfung von Theorie und Praxis bereits
7 im Studium. Die soll durch Praxissemester erfolgen, die durch spezifische Semi-
8 nare und Gruppentreffen begleitet werden. Diese Verknüpfung von Praxis und
9 Wissenschaft kommt auch der Schulentwicklung zugute.

10 Das Referendariat wird durch diese Verzahnung von Praxis und Theorie über-
11 flüssig und soll abgeschafft werden.

12 Stattdessen soll eine zweijährige begleitete Berufseinstiegsphase etabliert wer-
13 den, in der die LehrerInnen noch nicht das volle Stundendeputat erfüllen. Erfah-
14 rene LehrerInnen werden als MentorInnen den neuen LehrerInnen an die Seite
15 gestellt.

16

17 Wir fordern die Abschaffung des Bildungsföderalismus und die Einführung eines
18 bundesweiten Gesetzes, das den Rahmen der LehrerInnenbildung vorgibt.

19

20 Einführung einer Verfassten Studierendenschaft

21 Wir fordern die sofortige Einführung von Verfassten Studierendenschaften an
22 allen bayerischen Hochschulen. Ebenfalls ist eine landesweite Vertretung der
23 Studierenden im bayerischen Hochschulgesetz zu verankern. Jede Studieren-
24 denvertretung hat eine Stimme. Studierendenvvertretungen staatlicher Hoch-
25 schulen sind automatisch Mitglied. Studierendenvvertretungen anderer Hoch-
26 schulen können beitreten.

27 Für die effektive und unabhängige Wahrnehmung studentischer Interessen ist
28 eine Studierendenvvertretung in der Rechtsform einer Teilkörperschaft des öf-
29 fentlichen Rechts mit Satzungs- und Finanzhoheit erforderlich.

30

31 Alle immatrikulierten Studierenden einer Hochschule sind beitragspflichtige
32 Mitglieder der Verfassten Studierendenschaft. Im Bayerischen Hochschulgesetz
33 muss die Organisationsform des Studierendenparlaments festgeschrieben wer-
34 den.

35 Die Studierendenvvertretung vertritt, ausgestattet mit einem allgemeinpoliti-
36 schen Mandat, die Interessen der Studierenden gegenüber Hochschule, Politik
37 und Öffentlichkeit.

38

39 Die für eine fundierte Studierendenvvertretung notwendigen Beiträge dürfen in
40 einer Spanne von 7-15 Euro pro Semester liegen. Diese Spanne ist alle fünf Jahre
41 zu überprüfen. Die Verwendung der Finanzmittel einer Verfassten Studieren-

1 denschaft unterliegt der Rechtsaufsicht des Rechnungshofs. Eine fachliche Auf-
2 sicht ist weder nötig noch sinnvoll.

3

4 Die Studierendenvertretung hat die Belange der Studierenden in politischen,
5 fachlichen, sozialen, kulturellen, musischen und wirtschaftlichen Fragen wahr-
6 zunehmen und an der Verwirklichung der inklusiven Hochschule mitzuwirken.

7 Sie soll das Nachhaltigkeitsbewusstsein sowie das politische und soziale Ve-
8 rantwortungsbewusstsein der Studierenden schaffen und erhalten, den Studie-
9 rendensport und die Mobilität fördern und ebenso bei der sozialen und wirt-
10 schäftlichen Selbsthilfe der Studierenden mitwirken. Zur Erfüllung dieser und
11 weiterer Aufgaben bedarf es der Vernetzung auf Landes-, Bundes- und interna-
12 tionaler Ebene.

13

14 Ausfinanzierung der Hochschulen und Studienfinanzierung

15 Wir fordern die Ausfinanzierung der Hochschulen, da wir die Privatisierung von
16 Bildung ablehnen. Die Finanzierung der Hochschulen soll durch verschiedene
17 fiskalische Mittel erreicht werden. Als besonders sinnvoll würden wir unter an-
18 derem die Anhebung des Spitzensteuersatzes, die Einführung eines Bildungsso-
19 lis (beispielsweise 1,5% ab einem Einkommen von 125.000 €) und die Einführung
20 einer Vermögenssteuer erachten.

21 Desweiteren sehen wir das System der Drittmittel, insbesondere im Hinblick auf
22 die Gefährdung der Freiheit der Lehre und Forschung kritisch. Drittmittel dürfen
23 staatliche Finanzierung nicht ersetzen. Durch sie darf kein Einfluss auf Lehr- oder
24 Forschungsinhalte genommen werden. Stiftungshochschulen, Stiftungslehr-
25 stühle und Konkordatslehrstühle lehnen wir ab.

26 Wir lehnen Elitenförderung auf Hochschulebene (Exzellenzinitiative, Bundesuni-
27 versität) und auf individueller Ebene (Deutschlandstipendium) ab, da diese nicht
28 unserem Verständnis von Chancengleichheit in der Bildung entspricht. Statt Sti-
29 pendien für wenige fordern wir ein eltern-, und altersunabhängiges BAFöG, das
30 deutlich erhöht und als Vollzuschuss gewährt werden muss.

31

32 Abschaffung der Studiengebühren

33 Studiengebühren beeinträchtigen das lebenslange Lernen und die Chancen-
34 gleichheit. Deshalb fordern wir die sofortige Abschaffung jeglicher Studienge-
35 bühren. Dies umfasst sowohl die Gebühren für das Erststudium als auch jene für
36 berufsbegleitende Studiengänge, SeniorenstudentInnen, das Zweitstudium und
37 alle weiteren Arten des Studiums ohne Begrenzung der Semesterzahl.

38 Um eine durch den Wegfall der Studiengebühren bedingte Verschlechterung der
39 Studienbedingungen zu vermeiden, ist ein Ausgleich in Form von zeitlich unbe-
40 grenzten Kompensationszahlungen unabdingbar. Dieser Ausgleich darf sich
41 nicht nach den bisher erhobenen Gebühren einer Hochschule richten, sondern
42 nach der Zahl ihrer Studierenden. Wir fordern eine Veranschlagung von 500 €

1 pro StudentIn im Semester. Der Grundwert für die Kompensationszahlungen
2 sollte aber mindestens den zuletzt durchschnittlich in Bayern erhobenen Studi-
3 engebühren entsprechen.

4 Um die studentische Partizipation in der Vergabe dieser Mittel weiterhin zu er-
5 möglichen und auszubauen, fordern wir die Einrichtung von Gremien zur Vertei-
6 lung der Kompensationszahlungen sowohl auf Hochschul- als auch auf Fakul-
7 tätsebene. Zur Erreichung einer echten studentischen Mitbestimmung müssen
8 die Gremien verpflichtend zur Hälfte mit Studierenden besetzt werden. Hierbei
9 muss eine Gleichgewichtung der Stimmen herrschen sodass die Studierenden
10 ein echtes Vetorecht besitzen. Diese Gremien sollen die letztendlich verantwort-
11 lichen Instanzen für den Einsatz dieser Mittel darstellen. Ihre Beschlüsse sind für
12 alle Hochschulmitglieder bindend. Auf Hochschulebene sollen die studentischen
13 VertreterInnen im Studierendenparlament gewählt werden.

14 15 Finanzierung der Studierendenwerke

16 Wir fordern eine grundsätzliche Erhöhung der Finanzausweisungen an die Studie-
17 rendenwerke und spezielle Programme für die Bereiche Wohnheimplätze, psy-
18 chotherapeutische Beratung und BAFöG-Ämter. Wir fordern eine
19 Wohnheimquote von mindestens 25% an allen bayerischen Hochschulstandor-
20 ten. Der Bedarf an Psychotherapeutischer Beratung ist aus unterschiedlichsten
21 Gründen sehr stark gestiegen. Diesem Bedarf muss endlich ein entsprechendes
22 Hilfsangebot entgegengesetzt werden. An einigen Standorten dauert die Bear-
23 beitung der BAFöG-Anträge deutlich zu lange, mit teils
24 drastischen Konsequenzen für die Betroffenen. Die BAFöG-Ämter müssen daher
25 weiterhin personell verstärkt werden, um die Bearbeitungszeit zu verkürzen.

26 27 Studieren mit Kind

28 Um finanzielle Hürden abzubauen, fordern wir neben einem ausreichend hohen
29 eltern- und altersunabhängigen BAFöG einen Kinderbetreuungszuschlag, auf
30 den alle Studierenden mit Kind Anspruch haben. Die Anträge sind gesammelt
31 beim BAFöG-Amt einzureichen. Wir fordern außerdem eine Flexibilisierung des
32 Studiums und ein breiteres Angebot an Teilzeitstudienplätzen. Nach 18 Uhr dür-
33 fen keine prüfungsrelevanten Veranstaltungen stattfinden.

34 Ebenso unerlässlich ist ein Ausbau in der Kinderbetreuung, was vor allem auch
35 die Kurzzeitbetreuung mit einschließt, und von speziellen Unterstützungs- und
36 Beratungsangeboten. An jedem Hochschulstandort muss es eine Kinderbe-
37 treuungseinrichtung für die Kinder aller Studierenden und aller Beschäftigten
38 geben. Selbstverständlich muss auch ein Rechtsanspruch auf einen Platz in die-
39 ser Kinderbetreuungseinrichtung bestehen.

40 41 Semesterticket und ÖPNV

1 Jeder Ort auf dem Campus einer bayerischen Uni muss für alle Studierenden mit
2 dem Semesterticket erreichbar sein.

3 Wir fordern daher ein regionales Semesterticket zu einem sozialverträglichen
4 Preis für jede bayerische Hochschule, welches das gesamte Campusgebiet ab-
5 deckt. Ein bayernweites Semesterticket lehnen wir ab.

6 Diese Minimalforderung darf weder an vermeintlichen Preisobergrenzen noch
7 am Willen oder der Verhandlungsstärke der Studierendenwerke scheitern. Nach
8 Einführung der Verfassten Studierendenschaft muss diese Verhandlungspartne-
9 rin werden.

10 Wir fordern außerdem, dass das öffentliche Verkehrsangebot im Campusgebiet
11 den Studierendenzahlen angepasst und mit belastbaren Kapazitäten ausgestat-
12 tet wird.

13

14 Beschäftigungsverhältnisse an Hochschulen

15 Wir fordern ein gerechteres Beschäftigungsverhältnis an Hochschulen für Stu-
16 dierende und Dozierende. Die Stellen für studentische Hilfskräfte müssen formal
17 ausgeschrieben werden, damit sich jeder nach einem gerechten Verfahren auf
18 die Stelle bewerben kann. Arbeitsverträge, die nicht projektbezogen sind, müs-
19 sen mindestens für die Dauer eines Semesters abgeschlossen werden. Nur so hat
20 einE StudierendeR die Möglichkeit sicher zu planen und sich eine sichere Finan-
21 zierungsmöglichkeit zu schaffen.

22

23 Auch studentische Hilfskräfte haben ein Recht auf faire Entlohnung. Deshalb
24 müssen sie nach einem landesweit einheitlichen Tarifvertrag entlohnt werden.
25 Außerdem fordern wir einen bundesweit einheitlichen Manteltarifvertrag. Nur
26 so kann die ungleiche Bezahlung der Hilfskräfte an den Hochschulen verhindert
27 werden. Studentische Hilfskräfte dürfen grundsätzlich keine Überstunden ma-
28 chen. Stattdessen sind Lehrstühle mit ausreichenden HiWi-Stunden auszustat-
29 ten.

30 Außerdem fordern wir das aktive und passive Wahlrecht für studentische Hilfs-
31 kräfte bei den Personalratswahlen.

32

33 Für Dozierende muss es ebenfalls einen einheitlichen Tarifvertrag geben, der
34 ihre besondere Situation berücksichtigt. Zeitlich befristete Stellen dürfen nicht
35 die Regel für wissenschaftliches Personal sein. Zudem müssen alle Beschäfti-
36 gungsgruppen

37 umfassende Informationen über ihre Rechte als ArbeitnehmerInnen schon vor
38 der

39 Unterzeichnung des Arbeitsvertrages erhalten, damit sie sich über ihre
40 rechtliche Stellung informieren können.

41

42 Zivilklausel

1 Wir fordern die schriftliche Fixierung einer Zivilklausel im Sinne einer Selbstver-
2 pflichtung gegen jegliche Zusammenarbeit mit militärischen Einrichtungen und
3 rüstungsrelevanten Betrieben im Bayerischen Hochschulgesetz.
4 Rüstungsforschung und wehrtechnische Forschung dienen der Kriegsprodukti-
5 on, der Kriegsvorbereitung und der Kriegsführung. Die Wissenschaft hat die
6 Möglichkeit und den Auftrag eine friedlichere und humanere Gesellschaft und
7 damit Welt mitzugestalten.

8

Antragsnummer: B 2

AntragstellerIn: Juso-SchülerInnen Bayern (über den Juso-Landesvorstand)

Angenommen

Kopiergeld abschaffen!

1 Im Bayerischen Schulwesen wird an öffentlichen Regelschulen zum Schuljahres-
2 beginn von vielen Schulen ein Kopiergeld, besser bekannt als "Papiergeld", erho-
3 ben. Diese Praxis verstößt eklatant gegen den Grundsatz der Lernmittelfreiheit.
4 Eine Freistellung ist nur durch das Stellen eines Antrags durch die Erziehungsbe-
5 rechtigten bzw. des/der volljährigen SchülerIn möglich.

6
7 Die Juso-SchülerInnen Bayern fordern daher, die Einforderung eines Kopiergel-
8 des gesetzlich zu verbieten. Die Ausgaben für Kopierpapier, das im Vergleich zu
9 anderen Aufwendungen relativ kostengünstig ist, sollen stattdessen aus dem
10 üblichen Lehrmittelbudget gedeckt werden.

11
12 **Begründung:**

13
14 In Bayern herrscht grundsätzlich Lernmittelfreiheit. Gegen diesen Grundsatz
15 wird systematisch verstoßen, die Erziehungsberechtigten oder volljährigen
16 SchülerInnen müssen unter anderem für das Beschaffen von Atlanten, Taschen-
17 rechnern, der Schullektüre und natürlich Lernmaterialien wie Stiften und Heften
18 finanziell aufkommen.

19
20 Das Papiergeld geht jedoch weiter: Es wird von den Schulen quasi offiziell einge-
21 fordert, wird jedoch oft willkürlich festgelegt und stellt gerade für finanziell
22 schlechter gestellte SchülerInnen eine erhebliche Mehrbelastung dar. Die Frei-
23 stellung kann nur über einen Antrag aufgrund des Beziehens von Sozialleistun-
24 gen erfolgen.

25
26 Es ist jedoch nicht nachvollziehbar, warum die Schule, eventuell auch die Lehre-
27 rInnen und vor allem die MitschülerInnen aufgrund einer nichtigen Gebühr wie
28 dem Kopiergeld Einblick in die Einkommensverhältnisse der SchülerInnen erhal-
29 ten sollen. Eine Stigmatisierung der SchülerInnen, die finanziell nicht in der Lage
30 sind, das Kopiergeld im Klassenverbund mit ihren MitschülerInnen zu zahlen, ist
31 nicht auszuschließen.

32
33 Das Bereitstellen von Kopierpapier ist zudem keine Leistung, die von der Schule
34 eine erhebliche Anstrengung abverlangt, sondern sollte vielmehr eine Selbstver-
35 ständlichkeit sein. Die Beträge des Kopiergeldes sind außerdem von Ort zu Ort

1 unterschiedlich, vollkommen willkürlich festgelegt und haben mit dem realen
2 Papierverbrauch, der von SchülerIn zu SchülerIn unterschiedlich ist, rein gar
3 nichts zu tun.

4

5 Die Einforderung eines Kopiergeldes sollte daher verboten werden. Überhaupt
6 sollte die Realität an unseren Schulen dem Grundsatz der Lernmittelfreiheit bes-
7 ser angepasst werden, da die SchülerInnen in den staatlichen Regelschulen teils
8 erhebliche Beträge für die Ausstattung mit Lehrmaterialien zahlen müssen, um
9 am Unterricht uneingeschränkt teilhaben zu können.

10

Antragsnummer: B 3

AntragstellerIn: Jusos Oberbayern

Angenommen

Weiter an Landesparteitag, Landtagsfraktion

Mobilität für junge Menschen in Ausbildung ermöglichen!

Bayerische Landesgesetze für dauerhafte Finanzierung der Ausbildungs- und Semestertickets schaffen

1 Vorwort

2 Für junge Menschen, gerade wenn sie noch in Ausbildung sind, ist bezahlbare
3 Mobilität entscheidend für gesellschaftliche Teilhabe. Mobilität und ihre Kosten
4 können auch die Entscheidung beeinflussen, ob aus finanziellen Gründen über-
5 haupt eine weiterführende Ausbildung angetreten werden kann. Das Grund-
6 recht auf Bildung ist also genauso eng mit den Mobilitätskosten verbunden wie
7 etwa mit Wohnkosten oder Ausbildungsgebühren.

8 Dem ÖPNV ist genauso wie etwa die Wasser- oder Stromversorgung Teil der öf-
9 fentlichen Daseinsfürsorge. Aus sozialen, aber auch ökonomischen und ökologi-
10 schen Gründen kommt ihm eine besondere Verantwortung zu. Allerdings wissen
11 wir auch, dass ÖPNV sich kaum selbst finanzieren kann, insbesondere wenn er
12 gut ausgebaut und ein attraktives Verkehrsangebot zu günstigen Preisen zur
13 Verfügung stellen soll. Der allzu oft propagierte Wettbewerb der sog. freien
14 Märkte führt beim ÖPNV nur zu qualitativen und quantitativen Verschlech-
15 terungen, ganz zu schweigen von den Arbeitsbedingungen in diesem ehemaligen
16 Bereich des öffentlichen Dienstes.

17 Im Spannungsfeld zwischen notwendigem ÖPNV- und Schienenverkehrsausbau
18 auf dem breiten Land sowie bezahlbaren und attraktiven Ticketpreisen sind be-
19 sondere Vorsorgemaßnahmen durch den Freistaat Bayern zu schaffen und die
20 Politik der vergangenen Jahre in diesem Bereich zu ändern. Vor dem Hinter-
21 grund, dass das PBefG (Personenbeförderungsgesetz des Bundes) eine Möglic-
22 keit für Bundesländer eröffnet ein eigenes Landesrecht für den Bereich der Aus-
23 bildungswegstrecken und deren Finanzierung zu schaffen, stellt dieser Schritt
24 einen wichtigen Baustein dar.

25 Die Länder sind gesetzlich für die Zuschussung der Ausbildungstarife zustän-
26 dig. Aber gerade der Freistaat Bayern hat sich hier seit Jahren immer stärker aus
27 der Verantwortung gestohlen! Bayern muss hier endlich zu seiner politischen

1 Verantwortung stehen und darf die Schuld nicht länger auf den Bund und die
2 Kosten auf die Kommunen abschieben.

3 Obwohl der Wille von Kommunen und örtlichen politischen Ebenen vorhanden
4 ist, Verbesserungen zu ermöglichen (wie derzeit das Beispiel Semesterticket in
5 München zeigt), unterstützt die bayerische Staatsregierung weder finanziell
6 noch juristisch neu entworfene Ticketangebote.

7 Daher müssen folgende Forderungen in einem Landesgesetz zur Förderung von
8 Ausbildungs- und Semestertickets umgesetzt werden:

9

10 1. Alle SchülerInnen bis zur 13. Klasse sowie in Berufs- und Fachschulen müs-
11 sen ihre Fahrtkosten über den Landeshaushalt komplett erstattet bekommen
12 (Schulwegkostenfreiheit ausweiten).

13 2. Für Auszubildende, die ein zusätzliches Ticket für ihre Arbeitsstätte benö-
14 tigen,
15 muss ein Weg der Bezuschussung gefunden werden - zumindest wenn diese
16 nicht
17 über sehr hohe Ausbildungsvergütungen verfügen.

18 3. ÖPNV Kosten dürfen für Menschen in Ausbildung/Studium nicht über ei-
19 nen
20 sozialverträglichen Wert steigen, den es zu definieren gilt.

21 4. Die Ticketangebote müssen, zeitlich unbegrenzt, den gesamten
22 Weg vom Wohn- zum Ausbildungs-/Studienort abdecken.

23 5. Der Freistaat muss Zuschüsse (derzeit auf Grundlage des § 45a PBefG) für
24 örtliche Ausbildungsticketangebote wieder deutlich erhöhen um größere Rabat-
25 tierungen zu ermöglichen.

26 6. Eine Grundförderung (derzeit Erstattungen nach § 45a PBefG) je Person
27 und Ticket muss von Seiten des Freistaats auch dann statt finden, wenn es lokal
28 darüber hinaus reichende Vergünstigungen gibt (z.B. durch Subventionierung in
29 Landkreisen und Kommunen). Ein sicherer und verlässlicher Rechtsrahmen zur
30 Erstattung der Zuschüsse an die Verkehrsunternehmen, die auch im Wettbe-
31 werb untereinander stehen, muss geschaffen werden, um örtliche Verhandlun-
32 gen zu ermöglichen.

33 7. Ein Semesterticket ist an allen Hochschulen in Bayern einzuführen.

34 8. Mit der Wiedereinführung von Verfassten Studierendenschaften muss
35 auch eine Verhandlungsgrundlage der StudentInnen für Semestertickets ein-
36 hergehen

37 9. Da ausbildungsbedingte Pendlerströme teilweise auch über die Grenzen
38 von Tarifverbänden hinaus bestehen, muss die BEG (Bayerische Eisenbahnge-

1 sellschaft) beauftragt werden, entsprechende Zugstrecken mit in existierende
2 Ticketangebote aufzunehmen.

3 Schlusswort

4 Der Freistaat Bayern und die Landesregierung müssen endlich wieder anerken-
5 nen, dass sie für die Finanzierung von Ausbildungstarifen zuständig sind und
6 dich ihrer Verantwortung stellen! Bildung ist Ländersache! (Auch wenn das viel-
7 leicht schon der grundlegende Fehler ist.) Daher fordern wir vom Freistaat Bay-
8 ern eine grundlegende ÖPNV Offensive sowie rechtliche und finanzielle Verbes-
9 serung bei Ausbildungs- und Semesterticketmodellen!

10

Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

Antragsnummer: U 1

Antragsteller: Jusos Oberbayern

Adressaten: Juso-Bundeskongress, BayernSPD, SPD-Parteivorstand

Angenommen

Bessere Kennung von „Scripted Reality“

1 Die Jusos Oberbayern sowie die SPD setzen sich dafür ein, dass Scripted Reality
2 Filme besser gekennzeichnet werden müssen und eine eindeutige gesetzliche
3 Regelung gefunden wird. Hierfür soll die SPD Bundestagsfraktion sowie der SPD
4 Parteivorstand Vorschläge erarbeiten (z.B. eine ständige Hinweiseinblendung
5 während der Sendung analog zu Dauerwerbesendungen oder deutliche Hinwei-
6 se an Anfang und Ende des Formats, insbesondere auch in audiovisueller Form)
7 und für die erarbeiteten Lösungen eintreten.

8 **Begründung**

9 In vielen Nachmittagsprogrammen wie zum Beispiel von RTL, RTL II, SAT1 und
10 Vox werden Sendungen ausgestrahlt, die den Eindruck einer wahrheitsgemäßen
11 Dokumentation erwecken. Die Darsteller sind jedoch nur gecastet und haben
12 ohnehin meist nicht viel Geld zum Leben, müssen für ihre Rollen aber einen sehr
13 großen Anteil an Text auswendig lernen und erhalten hierfür nur eine geringe
14 Aufwandsentschädigung. Nur am Ende des Films ist dann kleingedruckt und
15 kaum erkennbar ein Hinweis zu lesen wie „Diese Inhalte beruhen nicht auf Tat-
16 sachen“

17 Da dieser überaus wichtige Hinweis aber leider zu klein eingeblendet wird,
18 glaubt der Verbraucher oft, dass die Handlungen auf wirklichen Tatsachen be-
19 ruhen.

20 Dadurch wird es schwer wahrheitsgemäßen Journalismus von Scripted Reality
21 Programmen zu unterscheiden. Dadurch wird der Eindruck erweckt dass die
22 Handlungen in den Scripted Reality Filmbeiträgen wirklich so in unserer Gesell-
23 schaft vorkommen. Wie eine nicht repräsentative Umfrage von der Gesellschaft
24 zur Förderung des internationalen Jugend- und Bildungsfernsehens bei der 861
25 junge Menschen befragt wurden, zeigt, glaubt fast die Hälfte der Befragten,
26 dass es sich um echte Fälle handle. Nur 22 % gaben an, dass sie glauben, es han-

- 1 dele sich um frei erfundene Fälle. 33 % glaubten sogar, die Fälle seien real und
- 2 die Kamera nur rein zufällig dabei.

- 3 Wahrheitsgemäßer Journalismus muss aber geschützt werden. Daher muss
- 4 Scripted Reality besser gekennzeichnet werden. Die SPD Bundestagsfraktion so-
- 5 wie der SPD Parteivorstand sollen daher eine bessere Kennzeichnung erarbeiten.

Antragsnummer: U 3

Antragssteller: Jusos Oberpfalz

Adressaten: Juso Bundeskongress

1 **Vorbeugung eines Fachkräftemangels medizinischer Berufe**

2 Grundlage einer guten medizinischen Versorgung ist eine ausreichende Anzahl
3 gut ausgebildeter Fachkräfte. Damit ein leistungsfähiges Gesundheitswesen
4 auch in Zukunft möglich ist, müssen heute schon die Weichen gestellt werden.
5 Neben strukturellen Veränderungen in der Ausbildung ist eine Verbesserung der
6 Arbeitsbedingungen von hoher Dringlichkeit, um den Nachwuchs in den medizi-
7 nischen Berufen zu sicherzustellen.

8

9 - Die Anzahl der Studienplätze in der Humanmedizin soll entsprechend ei-
10 ner überarbeiteten Bedarfsplanung erhöht werden. Vor allem das Aus-
11 scheiden von in der Patientenversorgung tätigen ÄrztInnen aufgrund Be-
12 rentung soll kompensiert werden. Es sind gesetzlich verbindliche Quoten
13 festzulegen, welche die Bundesländer verpflichten, entsprechend des Be-
14 darfs die Finanzierung sicherzustellen.

15

16 - Verbesserungen in der ärztlichen Weiterbildung sind umzusetzen. Kran-
17 kenhäuser in denen Weiterbildung fachgerecht durchgeführt wird, sind
18 finanziell über das Vergütungssystem besserzustellen.

19

20 - Eine Ausbildung in den medizinischen Berufen muss kostenfrei erfolgen.
21 Dies gilt explizit für die Altenpflege, in welcher in Zukunft ein hoher Be-
22 darf an ausgebildeten Fachkräften zu erwarten ist. Derzeitige Ausbil-
23 dungsbedingungen wie die Zahlung eines sogenannten Schulgeldes leh-
24 nen wir ab.

25

26 - Der Gesetzgeber hat sicherzustellen, dass eine faire Entlohnung von Psy-
27 chotherapeuten in Ausbildung (PiA) erfolgt. Diese soll angemessen sein
28 bezüglich des bereits erworbenen Hochschulabschlusses. Eine Bezahlung
29 auf dem Niveau von Praktikanten lehnen wir entschieden ab.

30

31 - Die Finanzierung der Ausbildung in den Heilberufen soll äquivalent dem
32 Dualen System der Berufsbildung in Deutschland erfolgen. Dementspre-
33 chend erfolgt die Finanzierung des theoretischen Teils der Ausbildung
34 durch Steuermittel, während der praktische Teil durch den jeweiligen Be-
35 trieb finanziell getragen wird. Die bestehenden Be-

1 rufs(ausbildungs)gesetze werden beibehalten, es sind aber die Möglich-
2 keiten integrierter Ausbildungsgänge zu prüfen.

- 3
- 4
- 5 - Es wird eine Umlageverfahren zur Finanzierung der Kranken- und Alten-
6 pflegeausbildung etabliert. Hierdurch soll der Anreiz vermindert werden,
7 selbst nicht auszubilden, weil sich dies negativ auf das eigene Betriebser-
8 gebnis auswirkt.
- 9
- 10 - Die Verabschiedung eines verbindlichen Personalbemessungssystems für
11 Einrichtungen der Kranken- und Altenpflege. Je nach Intensität und Belas-
12 tung der Arbeit muss ein Mindestpersonalschlüssel definiert werden. Es
13 ist uns ein dringendes Anliegen die Belastungen im Bereich der Pflege zu
14 verringern und Maßnahmen zu ergreifen, die zu einem längeren Verbleib
15 im Beruf führen.
- 16
- 17 - Die Kassenzulassung von Krankenhäusern wird an die Gewährung von Ta-
18 rifflöhnen an alle direkt oder indirekt Beschäftigten gekoppelt.
- 19
- 20 - Ein Verzicht auf Leiharbeit in Einrichtungen der öffentlichen Hand.
- 21
- 22 - Die verbesserte Anerkennung der Berufsabschlüsse von EU-Bürgern, inso-
23 fern sie deutschen Mindeststandards entsprechen. Auf die Schaffung ein-
24 nes europäischen Rahmens ist hinzuwirken.
- 25
- 26 - Ein deutlicher Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten für Kinder arbeiten-
27 der Eltern bei den Einrichtungen der Gesundheitsversorgung und Pflege-
28 einrichtungen. Die verstärkte Ausrichtung der Betreuungsangebote auf
29 die Gegebenheit, dass im Gesundheitswesen Beschäftigte häufig im
30 Schichtdienst tätig sind, ist dringend nötig.
- 31
- 32 - Die Einführung eines bundesweiten allgemeinen Mindestlohns ohne Dif-
33 ferenzierung in Ost und West. Dieser würde alle Berufsgruppen, auch die
34 Hilfsberufe, einbeziehen.

35 **Begründung:**

36 Ein bestimmendes Kennzeichen der medizinischen Versorgung ist der hohe Per-
37 sonaleinsatz, da der überwiegende Teil der Tätigkeiten im Gesundheitswesen
38 direkt am Menschen stattfindet. Eine Automatisierung gleich anderen Branchen
39 und Industrien ist schlichtweg nicht möglich. Gleichzeitig entfällt ein Großteil
40 der Gesundheitsausgaben auf die Entlohnung von medizinischem Personal. Kos-
41

1 teneinsparungen sind somit zwangsläufig nur bis zu einem gewissen Grad mög-
2 lich, weitergehende Sparanstrengungen münden entweder in Personalabbau
3 oder in der niedrigeren Entlohnung der bereits Beschäftigten.

4 Beschritten wurde der Weg des Personalabbaus seit den Neunzigern vor allem in
5 den Krankenhäusern und hier traf es zuallererst den Bereich der Pflege. Von
6 1996 bis 2008 wurden die Stellen hier um 50.000 reduziert, was einem Abbau
7 von 14,2 Prozent entspricht, während gleichzeitig die Zahl der behandelten Pati-
8 enten im Zeitraum von 1995 bis 2008 von 15,6 Mio. auf 17,5 Mio. stieg.

9 Eigentlich immer führte diese Arbeitsverdichtung zu einer Erhöhung der Belas-
10 tung im Beruf. Abzulesen ist dies auch an den durchschnittlichen Jahren, die ei-
11 ne Pflegekraft heutzutage im Schnitt im Beruf verbleibt, beträgt diese doch le-
12 diglich 10 Jahre.

13 Auch macht die demographische Entwicklung nicht vor der Gruppe der medizi-
14 nischen Fachkräfte halt. Mit der Erhöhung des Behandlungsbedarfs sinkt gleich-
15 zeitig die potentielle Zahl derer, welche die Behandlung überhaupt leisten wer-
16 den können. Aktuelle Studien gehen im Bereich der ambulant tätigen Ärztinnen
17 und Ärzte von ca. 50.000 aus, die bis zum Jahr 2020 in Rente gehen werden.
18 Schon im Jahr 2009 lag das Durchschnittsalter bei den Vertragsärzten bei 52,11
19 Jahren – ein Anstieg um fast fünf Jahre seit 1993. 23.705 Vertragsärzte waren
20 zudem 60 Jahre oder älter (zum Vergleich: jedes Jahr schließen ca. 9.000 Stu-
21 denten das Medizinstudium ab).

22 Ferner fand im Pflegebereich im letzten Jahrzehnt die Schließung vieler Kran-
23 kenpflegesschulen statt, daneben ist ein drastischer Einbruch bei den Ausbil-
24 dungsbewerbungen zu verzeichnen. In diesem Bereich gehen die Prognosen von
25 einem bundesweiten Bedarf von 140.000 zusätzlichen Vollzeitstellen allein in
26 den Krankenhäusern und 230.000 Vollzeitstellen in der Altenpflege bis zum Jahr
27 2020 aus.

28 Um den zukünftigen Bedarf zu decken, müssen aus diesen Gründen die Ausbil-
29 dungskapazitäten erhöht werden und der Zugang erleichtert werden. Als großes
30 Hemmnis erweist sich dabei bisher die Zahlung von Schulgeld in einigen Ausbil-
31 dungsberufen. Beispielhaft sei hier nur die Altenpflege erwähnt, in der Schulgel-
32 der von ca. 200 Euro pro Monat die Regel sind, während gleichzeitig keine Aus-
33 bildungsgehälter gezahlt werden.

34 Im Bereich der Arbeitsbedingungen sind Interventionen dringend nötig, um zum
35 einen bereits qualifizierte Arbeitskräfte im Beruf zu halten und zum anderen die
36 Attraktivität für mögliche an den medizinischen Berufen Interessierte zu erhö-
37 hen. Ein Mittel hierfür ist unter anderem die verbindliche Definition von Perso-
38 nalschlüsseln, damit die Arbeitsbelastung vermindert und eine Mindestqualität
39 in Pflege und Behandlung garantiert wird.

40 Weitere Maßnahmen betreffen die angemessene Bezahlung der im Gesund-
41 heitswesen Tätigen, im Speziellen in der Kranken- und Altenpflege.

42

Antragsnummer: U 4
AntragstellerInnen: Jusos Oberbayern
Angenommen

Export von Fleisch und Fleischnebenprodukten regulieren!

1 Wir fordern die schrittweise Einstellung aller Ausfuhren von Fleisch- und
2 Fleischnebenprodukten aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in
3 Entwicklungsländer. Vor allem die UNO soll bei Hilfsprogrammen zur Hungerhil-
4 fe auf lokale Produkte aus der Region zurückgreifen.

5 Mit der Einstellung des Exports, muss zur Abfederung von Angebotsengpässen,
6 ein Ausbau der Entwicklungshilfe einhergehen, der dazu geeignet ist den Wie-
7 deraufbau einheimischer Märkte und kleinbäuerlicher Produktionsstätten im
8 afrikanischen Raum zu forcieren.

9 **Begründung:**

10 Die übermäßige Ausfuhr von Fleisch- und Fleischnebenprodukte in afrikanische
11 Staaten hat in den letzten Jahren zur Zerstörung lokaler Märkte beigetragen.
12 Tausende Kleinbauern, die nicht in der Lage sind mit ihren, im Inland produzier-
13 ten Waren gegen die subventionierten Produkte aus Europa zu konkurrieren,
14 mussten ihre Arbeit einstellen und sind akut in ihrer Existenz bedroht. Die Aus-
15 fuhr europäischer Produkte zerstört also die lokale Wertschöpf-ung und führt
16 unmittelbar zum Ausbruch von Armut und Massenarbeitslosigkeit. Besonders
17 der Verkauf von Geflügelbilligfleisch, welches in Europa grundsätzlich keine Ab-
18 nehmer findet, stellt ein Problem dar.

19 Aktuell sind davon vor allem die Staaten Benin, Ghana und die Demokratische
20 Republik Kongo betroffen. Allein dort werden ca. 70% aller nach Afrika exportier-
21 ten Geflügelfleisch-exporte der Europäischen Union abgesetzt.¹

22 Insgesamt verdoppelten sich die Ausfuhren von Geflügel von etwa 150.000 Ton-
23 nen im Jahre 1999 auf zu Letzt knapp 300.000 Tonnen im Jahre 2010, Tendenz
24 weiter steigend. Ähnlich verhält es sich mit dem Export von Schweinefleisch und
25 -fleischresten.²

26 Die Nichteinhaltung der Kühlketten führt ferner auch unmittelbar zur massiven
27 Verschlechterung der ausgeführten Produkte, was wiederum zur Gesundheits-
28 schädigung an der lokalen Bevölkerung führt.

29 Die Zukunft tausender Kleinbauern, die wirtschaftliche Stabilität ganzer Regio-
30 nen, die Gesundheit der lokalen Bevölkerung und nicht zu Letzt deren sichere
31 Versorgungslage, werden dem rücksichtslosen Gewinnstreben der europäischen
32 Massentierhaltungsbetriebe geopfert.

¹s. www.eed.de/fix/files/doc/110408_Grafiken_EU%2BD_Fleischexporte_2010.pdf

²s. www.eed.de/fix/files/doc/110408_Grafiken_EU%2BD_Fleischexporte_2010.pdf

- 1 Um die einheimische Produktion und die Wertschöpfung in den betroffenen
- 2 Staaten zu schützen und den weiteren Folgeschäden europäischer Exportpolitik
- 3 zu begegnen bedarf es Maßnahmen, wie der hier geforderten Ausfuhr-
- 4 einschränkungen.

Antragsnummer: U 5

Antragsteller: Juso-Regionalbezirk Mittelfranken

Adressat: SPD-Landesparteitag, Fraktion der SPE im Europäischen Parlament
Angenommen

Power-Off für Stand-by Geräte - Öko-Design Anforderungen verschärfen!

1 Wir fordern die Fraktion der SPE im Europäischen Parlament auf, die EU-
2 Richtlinie 2009/125/EG („**Ökodesign**-Richtlinie“) dahingehend zu verschärfen,
3 dass jedes elektrische und elektronische Haushalts- und Bürogerät zukünftig
4 einen Ausschaltknopf besitzen muss, mit dem das Gerät komplett vom Strom-
5 netz getrennt werden kann – der Aus-Zustand darf lediglich über die Schalter-
6 stellung erkennbar sein. Dies bezieht sich auch auf Ladegeräte, es sei denn sie
7 verfügen über ein Null-Watt Relais.

8 Geräte, die keinen Standby-Modus haben und bei Nichtbenutzung keinen Strom
9 verbrauchen, sind von dieser Regelung nicht erfasst.

Begründung:

11 Zum 25. November 2011 ist die EU-Richtlinie 2009/125/EG in nationales Recht
12 übernommen worden und regelt, dass elektrische und elektronische Haushalts-
13 und Bürogeräte künftig im Bereitschaftsbetrieb nur noch wenig Strom verbrau-
14 chen dürfen. Die Verordnung normiert, dass ab 2013 nur noch Geräte verkauft
15 werden dürfen, die weniger als 1 Watt im Stand-by-Modus aufnehmen.

16 Nach EU-Angaben verbrauchen Geräte im Stand-by-Betrieb in den EU-
17 Mitgliedsstaaten jedes Jahr etwa 50 Terawattstunden (TWh), was einer CO₂-
18 Emission von 19 Mt entspricht³.

19 Die vorgeschriebene Senkung des Höchstverbrauchs im Standby-Modus ist ein
20 begrüßenswertes Ziel, um einen einheitlichen hohen Standard für einen funkti-
21 onierenden Binnenmarkt zu schaffen. Diese Regelung geht nicht weit genug. Ein
22 Elektrogerät, welches noch 1 Watt im Stand-by-Zustand benötigt und nicht per
23 Ein/Aus-Schalter vom Stromnetz getrennt werden kann, verbraucht noch pro
24 Jahr 8,76 kWh und produziert damit 4,93 kg CO₂⁴.

25 Das Problem an vielen Geräten ist aber, dass diese nicht 24 Stunden gebraucht
26 werden. Rechnet man, dass ein durchschnittliches Haushaltsgerät nur 8 Stunden
27 pro Tag bereit sein muss, dann könnte man durch eine komplette Trennung vom
28 Netz 3,29 kg CO₂ pro Stand-by-Gerät pro Jahr einsparen.

29 Viele Elektrogeräte wie BluRay-Player und TV-Geräte haben keinen Ausschalt-
30 knopf mehr, erfüllen aber die EU-Richtlinie 2009/125/EG. Diese Geräte lassen
31 sich nur durch das Ziehen des Steckers vom Stromnetz trennen, dies wird der

³ EU-Verordnung Nr. 1275/2008

⁴ 563 g/kWh in Deutschland - <http://www.umweltbundesamt.de/energie/archiv/co2-strommix.pdf>

1 Endverbraucher in der Regel aber nicht machen. Ebenso macht es keinen Sinn,
2 Elektrogeräte während des Urlaubs im Stand-by-Modus zu lassen. Am sachge-
3 rechtsten ist es daher, einen Ein-/Ausschalter an den Elektrogeräten im Sinne
4 der EU-Richtlinie 2009/125/EG verpflichtend vorzuschreiben und es dem End-
5 verbraucher zu überlassen, welche Geräte er vom Netz trennen will und welche
6 nicht.

Antragsnummer: U 6

Antragsteller: Juso-Regionalbezirk Mittelfranken

Adressat/en: SPD-Bundestagsfraktion

Angenommen

Einfuhrverbot für unverarbeitetes Tropenholz

7 Die SPD-Bundestagsfraktion möge sich neben dem bereits bestehenden Einfuhr-
8 verbot für unzertifizierte Tropenhölzer dafür einsetzen, ein Einfuhrverbot für un-
9 verarbeitetes Tropenholz per Gesetz zu erlassen. Zudem möge sie sich dafür ein-
10 setzen, verarbeitete Hölzer auf ihre Herstellung zu überprüfen. Folglich sollen nur
11 verarbeitete zertifizierte Tropenhölzer eingeführt werden.

12

Begründung:

13 Die Beschaffung von Tropenholz für den deutschen und europäischen Markt er-
14 folgt unter teilweise sehr dubiosen Umständen. Hier ist Raubbau nicht von uner-
15 heblicher Bedeutung. Aber auch „lizenzierte“ Unternehmen beuten lediglich die
16 Natur und die Bevölkerung in den Tropen in unverschämter Weise aus. Die Arbei-
17 ten in abgelegenen Regenwald stellen Gesundheit und Leben der ArbeiterInnen
18 regelmäßig in Gefahr. Der dafür erhaltene Lohn reicht oft nicht einmal für einen
19 bescheidenen Lebensunterhalt aus. Die großen, westlichen Firmen rühmen sich
20 damit, nur „selektiv“ Bäume zu schlagen. Dies bedeutet zwar, dass nicht flächen-
21 deckend abgeholzt wird, dafür aber nur sehr große, wertvolle und langsam
22 nachwachsende Bäume. Nichtsdestoweniger müssen Wege der Verwüstung
23 durch den Wald geschlagen werden, um den Abtransport per Lastkraftwagen zu
24 ermöglichen. Eine Nachpflanzung findet nicht statt. Das Holz wird unverarbeitet
25 auf dem Weltmarkt mit hohen Gewinnen verkauft. Für die Bevölkerung vor Ort
26 gibt es keine Vorteile. Die wenigen Jobs sind gefährlich und schlecht bezahlt. Da
27 die Verarbeitung zu Möbeln außerhalb des Landes stattfindet, werden keine Jobs
28 im Handwerkssektor geschaffen. Der Wald wird systematisch zerstört und
29

1 schließt die Möglichkeit für lukrativen Ökotourismus zunehmend aus.
2 Die Weltgemeinschaft muss es diesen Ländern ermöglichen, selbst über ihre na-
3 türlichen Ressourcen zu bestimmen. Wenn die Möbel für den Weltmarkt in den
4 Ländern hergestellt werden, in denen das Holz auch wächst, werden nicht nur
5 Arbeitsplätze geschaffen, sondern auch die Möglichkeit, angemessene Renditen
6 zu erzielen.
7 Durch ein Verbot von unverarbeitetem Holz und Kehrtwende zu Einfuhr von fer-
8 tigen Möbeln würde die Bundesrepublik aktiv zur Arbeitsbeschaffung in den je-
9 weiligen Ländern beitragen. Die Selbstbestimmung der Bevölkerung wird ver-
10 stärkt und die systematische und industrielle Ausbeutung der Regenwälder deut-
11 lich verlangsamt.

Verband, Partei, Ehrenamt

Antragsnummer: V 1

AntragstellerIn: Jusos Oberbayern

AdressatInnen: Juso-Bundeskongress

Angenommen

Rassisten in der SPD? Nein Danke!

12 Unvereinbarkeitsbeschluss mit Dachverband „Deutsche Burschenschaften“

13 (1) Der Bundesvorstand der JungsozialistInnen in der SPD wird aufgefordert, alle
14 notwendigen Vorbereitungen und Schritte zu unternehmen, um eine Wieder-
15 aufnahme des Verfahrens zur Herbeiführung eines Unvereinbarkeitsbeschlusses
16 bezüglich einer Mitgliederschaft in der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-
17 lands (SPD) und ihren Arbeitsgemeinschaften und der Mitgliedschaft in einer, in
18 dem Dachverband „Deutsche Burschenschaften“ organisierten Burschenschaft,
19 anzustreben.

20 (2) Der Juso Landesvorstand wird aufgefordert, die Vorbereitungen des Verfah-
21 rens zur Herbeiführung eines Unvereinbarkeitsbeschlusses tatkräftig zu unter-
22 stützen und auf allen ihm zugänglichen politischen Ebenen bei Jusos und SPD
23 nachhaltig um Unterstützung für diesen Antrag zu werben.

Antragsnummer: V 3

AntragstellerIn: Kommission Umwelt und Energie (über den Juso-Landesvorstand)

AdressatInnen: Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Angenommen

Reduzierung des innerparteilichen Papierverbrauchs und Modifizierung des Antragsverfahrens

Forderungen:

Allgemein

1 Für alle Drucksachen ist Umwelt-Papier zu verwenden, Ausnahmen sind nur bei
2 expliziten Werbemitteln zu erwägen. Ferner ist generell doppelseitig zu drucken
3 und im Zweifel sollte, auch bei Werbeprojekten, auf drucken verzichtet werden,
4 wenn wirtschaftliche Alternativen, etwa im digitalen Bereich, vorhanden sind.

5

Konferenzen

7 Ab sofort sollen alle Antragsbücher doppelseitig gedruckt werden.

8 Es sollen mehrere Änderungsanträge auf ein Blatt gedruckt werden.

Begründung:

10 Papier wird häufig unter für Mensch und Natur ausbeuterischen und zerstörerischen
11 Bedingungen hergestellt, weshalb der Bedarf an neuem, gebleichtem Papier
12 möglichst weit reduziert werden sollte. Hierfür gibt es vor allem zwei entscheidende
13 Ansatzpunkte:

14 Die Verwendung von Umwelt-Papier, insbesondere, da kaum noch Unterschiede
15 zu normalem Papier bestehen, jedoch enorme Vorteile für die Natur erreicht
16 werden, wie etwa deutlich reduzierte und unbedenklichere Abwassermengen,
17 weniger Energieverbrauch und deutlich weniger Bedarf an Frisch-Zellulose, das
18 heißt weniger Holzverbrauch.

19 Die generelle Reduzierung des Papierverbrauchs durch:

- 20 • den Einsatz von digitalen Medien
- 21 • optimierte Druckeinstellungen
- 22 • bewusste Entscheidungen, welche Dinge gedruckt werden müssen

23 Um diese Verhaltensweisen in der Gesellschaft zu propagieren, sollten beziehungsweise
24 müssen wir vorbildlich handeln.

Antragsnummer: V 6

AntragstellerIn: Jusos Unterfranken
Angenommen

Sozialdemokratische Gestaltungsperspektiven vor der Wahl offen halten

- 1 Begründung: Die Wahl im Saarland hat erneut gezeigt, dass das Ausschließen
2 von Koalitionen mit der Linkspartei keine positive Wirkung hat und die Gestal-
3 tung von progressiver Politik blockiert.
4 Dort muss die SPD um ihr Wort zu halten nun eine große Koalition eingehen –
5 ein Bündnis das sowohl bei SPD-Mitgliedern als auch bei den WählerInnen aus
6 guten Gründen äußerst unbeliebt ist.
7 Die SPD hätte die Möglichkeit gehabt in einem Bündnis mit der Linkspartei linke
8 Politik im Saarland zu gestalten, wenn sie dies nicht von vornherein ausge-
9 schlossen hätte. In diesem Zusammenhang ist vor allem der Verweis auf Oskar
10 Lafontaine weder hilfreich noch professionell.
11 Es ist sicherlich möglich, dass Koalitionsverhandlungen scheitern, wie dies auch
12 in NRW geschehen ist. Es ergibt aber keinen Sinn dies bereits vor der Wahl fest-
13 zustellen und öffentlich bekannt zu geben.
14
15 Ein rot-grünes Bündnis wird nicht nur auf Landes- sondern auch auf Bundesebe-
16 ne nicht immer möglich sein. Wenn hier von vornherein andere potentielle Part-
17 nerInnen ausgeschlossen werden, beschränken wir damit unsere eigene Politik.
18
19 Antrag:
20 Wir fordern, dass sich die SPD im Vorfeld einer Wahl mit den Inhalten beschäf-
21 tigt und den Wahlkampf so führt, dass im Anschluss möglichst viele sozialde-
22 mokratische Inhalte umgesetzt werden können. Insofern dürfen Bündnisse mit
23 den im Bundestag vertretenen Parteien nicht generell ausgeschlossen werden.
24 Allerdings verbietet sich für die Sozialdemokratische Partei aus ihrem Selbstver-
25 ständnis heraus eine Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen, rechtsnationa-
26 len und rechtsextremistischen Gruppierungen. Aus diesem Grunde bleibt eine
27 Zusammenarbeit mit der Piratenpartei bis auf weiteres tabu.
28

Kommunales

Antragsnummer: K 1

Antragssteller: Jusos Oberbayern

Adressat: Juso Bundeskongress, SPD Bundesparteitag, SPD Bundestagsfraktion

Agenommen

1 **Zukunft des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz GVFG**

2 Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, GVFG, regelt gesetzlich Finanzhilfen
3 des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden.

4 Gegenstand des Gesetzes von 1971 ist die Förderung von (Erst-)Investitionen. Es
5 gliedert sich in Länder- und Bundesprogramme. Die Länderprogramme fördern
6 vor allem kommunalen Straßenbau, Infrastruktur und Fahrzeuge des ÖPNV und
7 Nahverkehrsvorhaben im Streckennetz der Deutschen Bahn (Förderhöhe max.
8 75%). Über das Bundesprogramm können Infrastrukturmaßnahmen des schie-
9 nengebundenen ÖPNV, sowie Nahverkehrsvorhaben im Streckennetz der Deut-
10 schen Bahn, welche Größenordnungen von 50 Mio. € übersteigen (Förderhöhe
11 max. 60%) gefördert werden.

12 Im Rahmen der Föderalismusreform wurde das GVFG weitestgehend durch das
13 Entflechtungsgesetz (EntflechtG) ersetzt. Das bedeutet, dass die Länder seit
14 2007 einen festgesetzten Förderbetrag von 1.335,5 Mio. € jährlich bekommen.
15 Dieser ersetzt die vormaligen GVFG-Länderprogramme. Der Betrag ist bis 2013
16 zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden zweckgebunden.
17 Die bisherigen Förderkriterien und -voraussetzungen sind damit entfallen. 2013
18 soll die Höhe der Finanzierungsmittel die den Ländern zur Aufgabenerfüllung
19 zur Verfügung gestellt werden überprüft werden. Damit wird 2014 ein neuer Be-
20 trag mit lediglich investiver Zweckbindung festgelegt. Das GVFG-
21 Bundesprogramm wird derzeit noch in bisheriger Höhe und Form fortgeführt.

22 2019 laufen die Zahlungen sowohl aus dem GVFG, wie auch aus dem Entflecht-
23 tungsgesetz dann komplett aus. Eine Nachfolgeregelung ist bislang fraglich. Vo-
24 raussichtlich werden die bisherigen Regelungen des Bundes-GVFG in eigenstän-
25 dige Landesgesetze übergehen. Diese können jedoch höchst unterschiedlich
26 ausgestaltet werden. Insbesondere das immer wichtiger werdende Thema der
27 Erhaltungsinvestitionen wird in den einzelnen Landesgesetzen voraussichtlich
28 sehr unterschiedlich gehandhabt. Bauliche Anlagen des ÖPNVs und SPNVs sind
29 in die Jahre gekommen. Ein guter Nahverkehr braucht jedoch auch in Zukunft
30 planbare Mitfinanzierung der öffentlichen Hand für langfristige Investitionen
31 und Betrieb, da der ÖPNV in der Regel nicht kostendeckend ist.

1 Eine Studie im Auftrag der Bundesländer, des Deutschen Städtetags und dem
2 Verband deutscher Verkehrsunternehmer e. V. untersucht den Finanzierungsbe-
3 darf des ÖPNV bis 2025. Ergebnisse der Studie sind die zukünftig benötigten
4 Mindestmittel für ein angemessenes ÖPNV-Angebot in Deutschland. Insgesamt
5 kann zwar von einem Rückgang des Finanzierungsbedarfs für Neuinvestitionen
6 aufgrund fortschreitender Komplettierung der ÖPNV-Infrastruktur ausgegangen
7 werden, dennoch prognostiziert die Studie einen weiteren Finanzierungsbedarf
8 auch nach 2019.

9 In der Studie werden insbesondere vier Handlungsfelder definiert:

- 10 • Aus- und Neubau von ÖPNV-Infrastruktur: bislang aus GVFG und
11 EntflechtG finanziert, aber ab 2013/2019 ungewiss, prognostizierter jährlicher
12 Bedarf: 1,77 Milliarden €
- 13 • Erneuerungsinvestitionen in die ÖPNV-Infrastruktur (Barrierefreiheit, In-
14 standhaltung, Betriebsleitsysteme, Gleise, Tunnel, Digitalisierung etc.): keine
15 gesetzlichen Grundlagen zur Finanzierung, prognostizierter jährlicher Bedarf:
16 550 Millionen € (hiervon können rund 220 Millionen € aus Eigenmitteln der Auf-
17 gabeträger und Infrastrukturbetreiber gedeckt werden, eine Finanzierungslü-
18 cke von jährlich 330 Millionen € bleibt bestehen, hierdurch hat sich in den letz-
19 ten Jahren ein Finanzierungsrückstau von 2,35 Milliarden € angestaut)
- 20 • Betrieb (u. a. Daseinsvorsorge im ländlichen Raum, Angebotserweiterung,
21 etc.): wird durch betriebliche Einnahmen (v. a. Fahrgelderlöse) und aus
22 Regionalisierungsmitteln (RegG) gedeckt, prognostizierter Anstieg der notwen-
23 digen öffentlichen Zuwendungen bis 2025: etwa 13 Milliarden € (aktuell rund 9
24 Milliarden €)
- 25 • Infrastruktur der nichtbundeseigenen Eisenbahnen (NE-Bahnen, ent-
26 spricht etwa 10% des Schienennetzes in Deutschland): keine gesetzlichen Finan-
27 zierungsinstrumente, selbst wenn der Verbindung überregionale verkehrspoliti-
28 sche Bedeutung zukommt, prognostizierter jährlicher Bedarf für Erneuerung
29 SPNV und Schienengüterverkehr: 150 Millionen €

30 Wir Jusos setzen auf ein leistungsfähiges ÖPNV-Netz. Es ist Teil der öffentlichen
31 Daseinsvorsorge und gewährleistet allen Menschen Zugang zu Mobilität. Der
32 ÖPNV leistet einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz, entlastet Netze des
33 MIV und stellt einen nicht zu vernachlässigenden Wirtschaftsfaktor dar. Daher
34 wollen wir die Finanzierung des Nahverkehrs gesichert wissen – insbesondere
35 auch in strukturschwachen Regionen.

36 Natürlich sollen auch die ÖPNV-Betreiber weiterhin über einen eigenen Leis-
37 tungsbeitrag in die Pflicht genommen werden. Kostensenkungen sind wün-
38 schenswert, dürfen aber nicht zu Lasten der Qualität des Angebots oder gar der

1 MitarbeiterInnen gehen. Positive Beispiele hierfür sind regelmäßige und ange-
2 messene Modernisierung, nachhaltige Instandhaltungsstrategien, Kooperatio-
3 nen oder Prozessoptimierungen. Dennoch geht es nicht ohne öffentliche Zu-
4 wendungen.

5 Wir Jusos fordern

6 eine Fortführung des GVFG-Bundesprogrammes auch nach 2019 oder entspre-
7 chender Ersatz

- 8 • den Erhalt der GVFG-Länderprogramme des Bundes auch nach 2019 oder
- 9 entsprechender Ersatz
- 10 • eine Zweckbindung der Mittel aus GVFG und EntflechtG auch nach 2013
- 11 • Erhalt und gegebenenfalls Anpassung der Regionalisierungsmittel des
- 12 Bundes
- 13 • eine langfristige Öffnung des GVFG für Erneuerungsinvestitionen, hierbei
- 14 wäre ein kurzfristiges Sonderprogramm wünschenswert, welches den beste-
- 15 henden Investitionsrückstau abbaut
- 16 • Dynamisierung der zur Verfügung gestellten Mittel
- 17 • einen geeigneten Umgang mit den nichtbundeseigenen Eisenbahnen und
- 18 deren Finanzierungsproblemen

Antragsnummer: K 2

Antragssteller: Jusos Niederbayern

Adressat: SPD Landesparteitag

Angenommen

Einnahmebasis der Kommunen verbreitern/„Katalogberufe“ zur Gewerbesteuer heranziehen

19 Die Aufgabenfelder der Kommunen nehmen immer mehr zu. Kinderbetreuung,
20 Krippenplätze oder die Ganztagsbetreuung werden richtigerweise immer mehr
21 ausgebaut, jedoch fehlt die finanzielle Unterstützung durch Bund und Freistaat.
22 Dies bringt immer mehr Kommunen an den Rand des Ruins.

23 Die Gewerbesteuer als kommunales Finanzinstrument der Kommunen bricht
24 besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein. Dies führt zu höherer Ver-
25 schuldung vor Ort um Aufgaben der Daseinsvorsorge leisten zu können. Bund
26 und Freistaat lassen hier die Kommunen mit ihren Problemen allein.

27 Wir fordern deshalb, eine Verbreiterung der Einnahmebasis der Kommunen. Zu
28 diesem Zweck soll die Gewerbesteuerbefreiung der sog. „Katalogberufe“ (§ 18
29 EStG) wie z. B. Anwälte, niedergelassene Ärzte und Zahnärzte, Notare und Wirt-

1 schaftsprüfer abgeschafft werden. Dieses aus der geschichtlichen Tradition ge-
2 wachsene, wenig nachvollziehbare Privileg halten wir für überholt und nicht
3 mehr zeitgemäß. Der bestehende Freibetrag zur Gewerbesteuer i. H. v. 24500
4 EUR soll bestehen bleiben.

5 Dies würde die Einnahmehasis der Kommunen verbreitern und die Gewerbe-
6 steuereinnahmen in Krisenzeiten auf verlässlichere Füße stellen.

7

8

1 **Initiativanträge**

2

3 Angenommen

4

5 **Angebote statt Verbote!**

6 **Für Jugendliche in Bayern**

7

8 Wir fordern:

9

10 Eine Aufhebung des von der CSU/FDP Staatsregierung eingeführten Getränke-
11 Verkaufsverbots an Tankstellen nach 20 Uhr! Statt fadenscheinig zu behaupten
12 man wolle Jugendliche vor zu hohem Alkoholkonsum durch Verbote
13 schützen, sollte Steuergeld in die Sucht Prävention und Jugendarbeit investiert
14 werden! Und das nicht nur von den (SPD-Regierten) Kommunen, sondern
15 auch vom Freistaat und auf der ganzen Fläche. Angebote statt Verbote schaffen!
16

17

18 Begründung:

19

20 Die Landesregierung hat mal wieder gezeigt wie gerne sie die bayerischen BürgerInnen
21 bevormundet, während Sie Wirtschafts- und Sozialpolitisch alle lieber den ungezügelt
22 Märkten ausliefert. Es muss den BürgerInnen selbst überlassen bleiben wann und wo
23 sie sich alkoholische Getränke kaufen.

24

25 Es geht auch nicht um eine Aufweichung von Ladenschlussgesetzen und damit
26 schlechteren Arbeitszeiten. Die betroffenen Tankstellen haben sowieso
27 nachts geöffnet und verdienen ihr Geld hauptsächlich über die Verkaufsangebote,
28 da vom Kraftstoffverkauf nicht viel hängen bleibt.

29

30 Und dann auch noch zu behaupten es wäre zum Schutz der Jugendlichen die
31 sich immer nur besaufen würden ... Was hält denn bitte die Staatsregierung
32 von ihren jungen BürgerInnen? Lieber die Steuereinnahmen aus der Alkoholsteuer
33 sinnvoll einsetzen und nicht über die Landesbank auf den globalen Finanzmärkten
34 verbrennen!

35

1 Angenommen

2 **Kein Einsatz militärischer Drohnen**

3

4 AntragsstellerIn: UB Erlangen

5 AdressatIn: Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag,
6 Parteikonvent, SPD-Bundestagsfraktion

7 Angenommen

8

9 Die Jusos Bayern lehnen den Einsatz militärischer Drohnen ab. Wir fordern die
10 SPD-Bundestagsfraktion deshalb auf, im Deutschen Bundestag gegen ent-
11 sprechende Anschaffungspläne der Bundeswehr zu stimmen. Die Beteiligung
12 Deutschlands an der Weiterentwicklung der militärischer Drohnentechnik
13 einzustellen. Ferner fordern wir, die Beteiligung der Bundeswehr oder deut-
14 scher Geheimdienste an Zielfindung und Einsatz von Drohnen durch andere
15 Staaten zu verbieten.

16

17 **Begründung:**

18

19 Der Einsatz von unbemannten militärischen Flugkörpern hat in den vergan-
20 gen Jahren massiv zugenommen.

21 Der UN-Sonderberichterstatter für extralegale Hinrichtungen bewertet den
22 Drohneneinsatz für "gezielte Tötungen" vor diesem Hintergrund als völker-
23 rechtswidrig. Der Einsatz von bewaffneten Flugkörpern zielt darauf ab, auch
24 über große Entfernungen mit geringem Personaleinsatz und geringem Risiko
25 für Opfer auf der eigenen Seite militärische Operationen durchzuführen. Die
26 Hemmschwelle für den Einsatz militärischer Gewalt wird weiter gesenkt,
27 Möglichkeiten für die demokratische Kontrolle weiter verschlechtert. Wie die
28 bisherigen Einsätze zeigen, geht die Nutzung von bewaffneten Drohnen zu-
29 dem mit einer großen Anzahl ziviler Opfer einher. Die Nutzung von Drohnen
30 führt zu einem neuen internationalen Rüstungswettlauf.